



WOLFGANG VOGELSAENGER

# Vorbild sein!

Wieder einmal ein Thema, das uns Lehrerinnen und Lehrer dazu aufruft, etwas zu tun, um gesellschaftliche Probleme zu lösen. Wie schon so viele andere – von der Hoffnung auf ein bisschen Glück im Fach "Glück", dem singenden und tanzenden Klassenzimmer bis hin zur Drogenprävention.

Wenn wir uns vor jeden Karren spannen ließen, der uns von Politik und Gesellschaft auf den Schulhof gestellt wird, wir hätten für nichts anderes mehr Zeit als zu reparieren, anstatt die Kinder und Jugendlichen auf die Welt von morgen vorzubereiten.

Klar: Mobbing gab es immer schon in Familie, Kindergarten, Schule, Uni, Firmen, Vereinen oder Studienseminaren. Und klar ist auch: Das geht gar nicht!

Spätestens seit der Ratifizierung der Kinderrechtskonvention oder der Verankerung der Kinderrechte etwa in der Hessischen Landesverfassung ist rechtlich verbindlich klargestellt: Kein Kind darf gedemütigt, gequält, bloßgestellt, ausgegrenzt, verspottet, verletzt werden – weder körperlich noch seelisch. Nicht mit Taten und/oder Worten. Nicht von anderen Kindern, aber auch nicht von Erwachsenen.

Nur: Wie kann in einem System, das selbst auf Angst und Mobbing ausgelegt ist, eine Atmosphäre der Sicherheit und eine von Respekt und Achtsamkeit geprägte Haltung gelebt werden?

Unser Blick sollte sich nicht nur auf die sich mobbenden Kinder richten, sondern in viel stärkerem Maße auf das System und auf uns Erwachsene. Wenn Schulkinder durch das System und uns Erwachsene nicht gemobbt würden, dann würden sie dieses Vorbild auch auf ihre Peer-Beziehungen übertragen.

In meiner Schule habe ich 16 Jahre lang alle neuen Fünftklässler mit den Worten empfangen: "Die wichtigste Regel an unserer Schule ist, dass niemand Angst haben muss. Keine Angst vor anderen Kindern, nicht vor den Lehrpersonen, vor Zensuren, dem Schulleiter oder den Eltern. Ich werde immer für euch da sein, wenn euch sonst niemand hilft." Dieses Versprechen hat Generationen von Schülerinnen und Schülern geprägt, auch Lehrkräfte und Eltern. Und dieses Versprechen haben wir auch eingelöst, wenn es nötig war. Meine Nachfolgerin hat sich in jedem Jahrgang nach der Staffelübergabe hinter diese Zusage gestellt.

Systemisch ist schon viel getan, wenn es möglichst lange keine Zensuren gibt, kein Sitzenbleiben, Aus-der-Klasse-Schicken oder kein Ausschulen. Wenn alle Kinder und alle Erwachsenen in Teams arbeiten, selbst gestalten können und nicht nur Anordnungen ausführen müssen. Wenn nicht unterrichtet, sondern aufgerichtet wird. Wenn klar ist, dass jeder Erwachsene, aber auch jedes Kind, anders ist, dass aber alle dazugehören und ihr Team bereichern. Wenn jeder Fehler machen kann und klar ist, dass diese Fehler helfen, künftige Fehler zu vermeiden. Wenn Tests und Arbeiten keine Druckmittel sind, sondern Diagnoseinstrumente. Wenn man sich nicht mehr entschuldigen muss, wenn man krank war, sondern es reicht, dies lediglich mitzuteilen. Diese systemischen Rahmenbedingungen verändern die Haltung bei Erwachsenen und Kindern. Gleich ausgebildete Gymnasiallehrer entwickeln sich in verschiedenen Systemen völlig unterschiedlich.

Ja: Die Gesellschaft ist immer mehr eine mobbende Konkurrenzgesellschaft. Wenn wir aber als Schule nicht durch unsere eigene Haltung, durch unser eigenes Vorbild einen Kontrapunkt setzen, dann wird es in 50 Jahren immer noch Mobbing-Interventionsprogramme an Schulen geben.

Wolfgang Vogelsaenger,

ehemaliger Schulleiter Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule, Göttingen, Leiter des Themas "Professionell Beziehungen gestalten" bei der Deutschen Schulakademie

# Inhalt



Gastkommentar Vorbild sein!	Seite	2
Impressum	Seite	
	Seite	3
Auf einen Blick	Seite	4
Prämie des Monats	Seite	5
Schwerpunkt: Mobbing  1. Mobbing in Bildungseinrichtungen: "Eine Gewaltform, die auf Macht basiert"  2. Interview mit Klaudia Kachelrieß: Schulleitung ist in der Pflicht  3. Unter Schülerinnen und Schülern: Wer glücklich ist, mobbt nicht  4. Interview mit Kaj Buchhofer: Es gibt keine Unbeteiligten  5. Cybermobbing auf dem Schulhof: "Geh sterben, du hässliche Kuh"	Seite Seite Seite Seite Seite	11 12 16
Gesellschaftspolitik  1. Studie der FES: Wie rechts ist die Mitte?  2. Neue Studien: Tatort Odenwaldschule  3. GEW-Fachtagung der Seniorinnen und Senioren: Politik der kleinen Schritte	Seite Seite Seite	26
Bildungspolitik  1. Flexible Oberstufe: Im eigenen Tempo zum Abitur  2. GEW-Kommentar: Lesen = Teilhabe	Seite Seite	
Initiative "Bildung. Weiter denken!"  1. GEW-Aktionszeitraum "lerntRÄUME gestalten": Gute Räume für gute Bildung  2. Gastbeitrag von Henrik Scheller: Digitalpakt: Geld allein genügt nicht	Seite Seite	_
Internationales Lehrkräftestreik: Öffentlicher Dienst in Polen erodiert	Seite	32
Hochschule GEW-Konferenz "Bildung und Europa": Eine neue Idee von Europa	Seite	34
Schule 1. "aula" soll Schülermitbestimmung stärken: "Demokratie muss gelernt werden" 2. VERA-KURT-SIKIF: Eine poetische Liebeserklärung 3. Privatschulen im Aufwind: Aus der Not geboren	Seite Seite Seite	38
fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit Uganda: Gütesiegel "kinderarbeitsfrei"	Seite	40
Nachrufe 1. Prof. Ludwig Huber: Feinsinniger Denker 2. Prof. Axel Schildt: Humorvoll, kollegial und klug	Seite Seite	
Leserforum	Seite	43
Diesmal	Seite	48

### **Titel: Werbeagentur Zimmermann**

### **IMPRESSUM**

**Erziehung und Wissenschaft** Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 71. Jg.

Herausgeberin:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund Vorsitzende: Marlis Tepe Redaktionsleiter: Ulf Rödde

Redaktion: Jürgen Amendt, Helga Haas-Rietschel Redaktionsassistentin: Katja Wenzel Postanschrift der Redaktion:

Reifenberger Straße 21 60489 Frankfurt am Main Telefon 069 78973-0 Fax 069 78973-202 katja.wenzel@gew.de www.gew.de

facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft twitter.com/gew\_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.

Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der "Erziehung und Wissenschaft" auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann, Heddernheimer Landstraße 144 60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH Goldammerweg 16 45134 Essen Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller Telefon 0201 84300-0 Fax 0201 472590 anzeigen@stamm.de www.erziehungundwissenschaft.de gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 01.01.2019. Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

### **GEW Berlin gegen Verbeamtung von Lehrkräften**

Die GEW Berlin hat sich gegen die Rückkehr des Landes zur Verbeamtung von Lehrkräften ausgesprochen. Dies beschloss die Landesdelegiertenversammlung Anfang Mai mit großer Mehrheit. Man sei überzeugt, dass eine Rückkehr zur Verbeamtung nicht geeignet ist, den Mangel an Lehrkräften zu lösen, hieß es zur Begründung. "Dem Fachkräftemangel können wir nur begegnen, wenn der Lehrerberuf attraktiver wird. Wir weisen die Senatsbildungsverwaltung daher seit langem auf eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen hin", erklärte die Berliner GEW-Vorsitzende Doreen Siebernik. Eine Verbeamtungsregelung würde zudem die Spaltung der Beschäftigten an den Schulen vertiefen. Mehr als ein Drittel der Lehrkräfte bliebe außen vor, so Udo Mertens, Leiter des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik im Landesverband. Auch andere Pädagoginnen und Pädagogen würden ausgeschlossen. Berlin ist das einzige Bundesland, das seine Lehrkräfte nicht verbeamtet. Aufgrund der Probleme, Nachwuchs für die Schulen zu finden, hatten sich SPD-Bildungssenatorin Sandra Scheeres, SPD-Fraktionschef Raed Saleh und eine Reihe von Bezirksschulräten für die Lehrkräfte-Verbeamtung ausgesprochen. Auf einem SPD-Landesparteitag Ende März votierte jedoch eine Mehrheit dafür, andere Wege zur Verringerung der statusbedingten Unterschiede zwischen Angestellten und Beamten zu suchen.

### **Pflicht zur Arbeitszeiterfassung**

Arbeitgeber sollen nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) verpflichtet werden, die gesamte Arbeitszeit ihrer Beschäftigten systematisch zu erfassen. Nur so lasse sich überprüfen, ob zulässige Arbeitszeiten überschritten würden. Das Urteil könnte große Auswirkungen auf den Arbeitsalltag auch in Deutschland haben. Heimarbeit oder Außendienst müsste demnach künftig registriert werden, etwa über Apps oder elektronische Erfassung am Laptop. Im deutschen Arbeitszeitgesetz ist bisher nur vorgeschrieben, dass Überstunden nach den üblichen acht Stunden Regelarbeitszeit registriert werden. Gewerkschafter monieren schon lange, dass dies eigentlich nur möglich sei, wenn auch die reguläre Arbeitszeit aufgezeichnet wird. In dem vor dem EuGH verhandelten Fall hatte eine Gewerkschaft aus Spanien geklagt – dort ist die Rechtslage ähnlich wie in Deutschland. Die GEW begrüßte das Urteil. Auch im Bildungsbereich sei unbezahlte und nicht erfasste Mehrarbeit weit verbreitet. Viele Bildungsbeschäftigte wollten auch künftig bei bestimmten Tätigkeiten frei wählen können, wann und wo sie diese erledigen. Das dürfe aber nicht zu Selbstausbeutung und unbezahlten Überstunden führen. Die GEW setzt sich für Lösungen ein, die zugleich Freiheit und sozialen Schutz ermöglichen.

### Uschi Kruse wiedergewählt

Uschi Kruse bleibt für weitere vier Jahre die Chefin der GEW in Sachsen. Die 61-Jährige wurde Ende März auf einem Gewerkschaftstag in Schöneck/Vogtland mit 92 Prozent der Stimmen gewählt. Sie führte die sächsische GEW auch schon in den vergangenen vier Jahren.



Uschi Kruse

### **Neuer Hochschulpakt**

Bund und Länder haben sich Anfang Mai auf die künftige Förderung der Hochschulen geeinigt. Demnach will der Bund ab 2021 dauerhaft rund zwei Milliarden Euro jährlich beisteuern, um die Qualität der Studienplätze zu verbessern und mehr unbefristete Stellen an den Hochschulen zu schaffen. Die Länder zahlen jeweils dieselbe Summe. Der Zukunftsvertrag "Studium und Lehre" löst den bisherigen Hochschulpakt ab.

Die GEW kritisiert die Vereinbarung als unzureichend und forderte die Politik zu Nachbesserungen auf. Unverbindliche Aufrufe zur Schaffung von Dauerstellen in Lehre und Forschung reichten nicht aus, sagte der Hochschulexperte der Gewerkschaft, Andreas Keller. Es sei "absolut unverständlich, dass die aus dem Pakt finanzierten Dozentinnen und Dozenten weiterhin semesterweise geheuert und gefeuert werden können".

### Aktionstag gegen Antisemitismus

Anlässlich des 90. Geburtstags von Anne Frank (1929-1945) am 12. Juni werden bundesweit rund 30.000 Schülerinnen und Schüler in mehr als 250 Schulen an das jüdische Mädchen, ihr weltberühmtes Tagebuch sowie die sechs Millionen



ANNE FRANK 90

Opfer des Holocaust erinnern. In Berlin können alle Interessierten kostenfrei die Ausstellung "Alles über Anne" im Anne Frank Zentrum besuchen und an Lesungen aus einer neu veröffentlichten Edition von Anne Franks Tagebuch teilnehmen. Anne Frank starb 1945 im Konzentrationslager Bergen-Belsen im Alter von 15 Jahren. Ihr Tagebuch schrieb sie zwischen 1942 und 1944 in einem Versteck in Amsterdam. Am 4. August 1944 wurden sie und ihre Familie entdeckt, verhaftet und deportiert. Nur Anne Franks Vater überlebte und veröffentlichte 1947 das Tagebuch seiner Tochter.

www.annefranktag.de

### Beitragsanpassung

Nachdem der Gesetzgeber zum 1. Juli 2019 die Rentenwerte erhöht hat, werden jetzt auch in der GEW die Beiträge für Rentnerinnen und Rentner zum 1. Juli 2019 entsprechend um 3,91 Prozent in den Ost- und um 3,18 Prozent in den West-Landesverbänden der GEW angepasst.

Petra Grundmann, Schatzmeisterin der GEW

### **Hinweis**

Zu dem Interview mit Hans-Peter de Lorent über seine Forschungen zur Verstrickung der Hamburger Lehrerschaft in der NS-Zeit (E&W 5/2019, S. 36) fehlte leider die Angabe zur Bezugsmöglichkeit seines Buches. Das sei hiermit nachgeholt: Band 3 von "Täterprofile – Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz und die Kontinuität bis in die Zeit nach 1945" kann über die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg bestellt oder im Internet als PDF über www.hamburg.de/downloads heruntergeladen werden.

# Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwarten Sie zwei Fahrradtaschen.\*

### Prämie des Monats Juni:

### Zwei Fahrradtaschen

Die zwei Fahrradtaschen aus robuster LKW-Plane sind mit Reiß- und Schnellverschluss, Schulter-Trageriemen und zwei Einhängehaken für den Gepäckträger ausgestattet.



# Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern www.gew.de/praemienwerbung

\*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de   Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211						
der per Coupon:						
L Vorname/Name						
L						
Straße/Nr.		Telefon	Fax			



# "Eine Gewaltform, die auf Macht basiert"

// Mobbing richtet sich auch gegen Beschäftigte im Bildungswesen – und kann zu großen gesundheitlichen Schäden führen. Die beste Prävention: ein gutes Arbeitsklima – und ein offener Umgang mit Konflikten. //

Und dann kam dieser Abend. "Ich wollte mit dem Auto gegen den Baum fahren." Auf dem Nachhauseweg bog sie ab, wählte die Landstraße. "Ich suchte eine freie Strecke." Zum Glück hatte ihre Tochter zuvor gemerkt, dass etwas nicht stimmte. Sie fuhr der Mutter hinterher, gab Signale mit der Lichthupe. "Da ist jemand", fuhr es der damals 55-Jährigen durch den Kopf. "Das hat mich von meinem Plan abgebracht."

Kristina Semdner lebt in Eibau, einer Kleinstadt im Kreis Görlitz, Ostsachsen. Sie wirkt ruhig, wenn sie von diesem Abend im Februar 2009 erzählt. Damals arbeitete sie als Erzieherin in einer Kindertagesstätte der Gemeinde Eibau. Bevor sie ins Auto stieg, hatte ein Elternabend stattgefunden. "Da saß auch der Bürgermeister mit Gefolge", erzählt GEW-Mitglied Semdner. Der Ablauf des Abends war offenbar abgesprochen, so ihr Eindruck. Es sei darum gegangen, "Schlechtes über mich zu sagen". Der Bürgermeister, die Kita-Leitung und Teile des Kollegiums hätten ein Ziel gehabt: "Dass ich gehe." Anschließend war sie überzeugt, dass alles keinen Sinn mehr habe. "Dieser Kindergarten, das war mein Leben."

### Wachsender Konkurrenzdruck

"Mobbing ist eine Gewaltform, die auf Macht basiert", schreiben Wolfgang Kindler und Lioba Pötter in ihrem Buch "Mobbing gegen Lehrer". Mobbing

Wenn das Arbeitsklima schlecht ist und Konflikte nicht offen ausgetragen werden, steigt die Gefahr, dass einzelne Kolleginnen und Kollegen sozial ausgegrenzt werden. Sie werden demonstrativ nicht mehr gegrüßt oder alle verstummen, wenn sie den Raum betreten.

erfolge regelmäßig, "mindestens einmal pro Woche". Doch erst wenn die Übergriffe ein halbes Jahr andauerten, könne man von Mobbing sprechen, betonen Kindler und Pötter. Mögliche Folgen seien langfristige Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit oder Frühverrentung von Betroffenen. Darauf verweist die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Sie veröffentlichte im November 2018 eine repräsentative Stichprobe, für die sie sozialversicherungspflichtige Beschäftigte befragt hatte. Ergebnis: 6,7 Prozent der Befragten fühlten sich Mobbing ausgesetzt. Hochgerechnet auf 40,5 Millionen Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Beamte ergibt das bundesweit 2,7 Millionen Mobbingopfer. Und wie viele Pädagoginnen und Pädagogen sind darunter? Kindler und Pötter verweisen auf eine Studie von 2013, publiziert von Reinhold S. Jäger, Professor für Psychologie an der Uni Konstanz-Landau. Der Untersuchung zufolge sind 16 Prozent der Lehrer und 22

Prozent der Lehrerinnen

Opfer von Mobbing-

prozessen. Viel

spreche dafür,

dass diese

Angaben

zu hoch

sind,

betonen die beiden Autoren. So sei die Studie nicht repräsentativ. Auch beruhe die Aussage, gemobbt zu werden, auf der Selbsteinschätzung der Befragten. "Nicht jeder, der behauptet, ein Opfer von Mobbing zu sein, ist es auch", so Kindler und Pötter.

Bevor Semdner zum Mobbingonfer

Bevor Semdner zum Mobbingopfer wurde, gab es zahlreiche Konflikte in ihrer Kita. Laut Klageschrift der DGB-Rechtsschutz GmbH, die die Erzieherin vor Gericht vertreten hat, hatten sich zum Beispiel Eltern wegen der Qualität des Essens beschwert. Der Bürgermeister habe Semdner vorgeworfen, sie stecke hinter den Protesten. "Laut brüllend gab der Bürgermeister der Klägerin die Anweisung, die Aktivitäten sofort einzustellen", heißt es in der Klageschrift. Semdner mahnte an, dass Entlastungszeiten für die Beschäftigten fehlten. "Hinzu kam ab 2007 eine Umbruchsituation", berichtet die Erzieherin. Eine neue Leiterin musste >>



Erziehung und Wissenschaft | 06/2019

eingearbeitet werden: sehr jung, ohne Erfahrung mit Kindern. Neue stellvertretende Leiterin wurde eine Erzieherin mit "ruppigem Umgangston", so Semdner weiter. "Die Kinder hatten Angst vor ihr." Eine ältere Kollegin habe das Verhalten der neuen Stellvertreterin kritisiert - und bald darauf, im März 2008, Hausverbot bekommen, "ohne Grund und ohne Ankündigung". Zwei Tage später gab es eine Personalversammlung. Semdner sagt, sie habe sich dort gegen das Hausverbot ausgesprochen. "Das war mein Aus." Auch an Schulen steige die Mobbinggefahr, wenn das Arbeitsklima schlecht ist und wenn Konflikte nicht offen ausgetragen und für alle Beteiligten zufriedenstellend gelöst werden. Darauf verweisen die Autoren einer Broschüre zum Thema Mobbing aus dem Jahr 2007, herausgegeben von der Bezirksregierung Münster/ Westfalen. Mögliche Konfliktherde entstünden durch die "zunehmende Selbstständigkeit von Schulen" und die "Individualisierungsansprüche der Schüler sowie deren Eltern" - zudem durch "veränderte Bildungs- und Qualitätsstandards" in Verbindung "mit wachsendem Konkurrenzdruck". Au-



Die inzwischen verrentete Erzieherin Kristina Semdner (65) hat einen langen Leidensweg hinter sich.

Die Folgen einer solchen Entwicklung hat Semdner am eigenen Leib erlebt. Ab 2007 erhielt sie in der Kita immer weniger Informationen. Dienstzeiten hätten sich "von heute auf morgen" geändert, berichtet sie, "und ich habe davon erst spät erfahren". In der KlaKlageschrift von der Leiterin "sozial ausgegrenzt, indem sie im Beisein von anderen Kollegen demonstrativ nicht begrüßt wird". Und: "Wegen Dingen, die gestern noch in Ordnung waren, wurde ich auf einmal gemaßregelt", berichtet die Erzieherin. So bereitete sie ein "Strohprojekt" vor: Der Außenbereich der Kita sollte eine Woche lang mit Strohballen ausgestattet werden, zum Klettern und Herumtollen. Eltern hatten ihre Unterstützung zugesagt, die Feuerwehr war informiert, ein Lieferant für die Strohballen gefunden. "Dann legte die Leiterin fest, dass nur die Kinder meiner Gruppe die Strohlandschaft nutzen dürfen", erzählt Semdner. Allen anderen Kindern sollte der Zugang untersagt werden. Zudem verbot die Leiterin dem Hausmeister, beim Aufbau zu helfen. "Da habe ich das Projekt abgesagt." Einige Mütter und Väter hielten zu ihr. Andere Eltern kritisierten in einem Brief im März 2009 an den Bürgermeister: "Das Kindergartenklima gestaltet sich immer negativer, da Frau Semdner nicht in der Lage ist, mit ihren Kolleginnen zusammenzuarbeiten." Der stellvertretende Bürgermeister bemängelte die "fehlende Chemie" zwischen Semdner und der Kita-Leiterin. Die Leiterin warf ihr vor, überheblich zu sein, sie missachte Regeln und verletze die Auf-

sichtspflicht.

### Kampf um Herrschaft

Pädagoginnen und Pädagogen werden aber nicht nur von Kollegen oder Vorgesetzten gemobbt. Mitunter sind es auch Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte mobben. Die Palette reiche von "gezielten Dauerstörungen" und "Verleumdungen, zum Beispiel gegenüber Eltern und Kollegen" bis hin zu "Beleidigungen" und "Angriffen im Cyberspace", etwa via Facebook und WhatsApp. So die Buchautoren Kindler und Pötter. Die Anlässe? Mal sei es "Wut wegen schlechter Noten", mal "nicht gelöste Konflikte mit einzelnen Schülern oder der ganzen Klasse". Häufig liege die Ursache "in gruppen-



ßerdem: Wo über längere Zeit keine neuen Lehrkräfte eingestellt wurden, hätten sich oft "sehr feste Arbeits- und Beziehungsstrukturen gebildet". Auch das erhöhe die Gefahr "sich verfestigender Konfliktkonstellationen".

geschrift steht: Die Kita-Leitung ordnete an, dass sie ihre Kita-Gruppe mit 17 bis 19 Kindern "fast ständig" allein zu betreuen hatte - in allen anderen Gruppen gab es jeweils zwei Aufsichtspersonen. Zudem wurde sie laut

dynamischen Zusammenhängen", so Kindler und Pötter. Es gehe um den "Kampf um die Klassenherrschaft", der über Verhalten im Unterricht ausgetragen wird.

Wer Mobbing ausgesetzt ist - gleich von wem - sollte sich unbedingt qualifizierte Hilfe holen. So wie Semdner. Im Oktober 2007 knüpfte sie Kontakt zu Annegret Grothkopp. Die Sozialarbeiterin, selbst ehemaliges Mobbingopfer, leitet die Mobbingberatungsstelle des GEW-Kreisverbandes Ostsachsen in Bautzen. "Sie hat mir Mut gemacht, wieder Vertrauen in mich selbst zu haben", sagt Semdner rückblickend. Grothkopp informierte die Arbeitsschutzbehörde des sächsischen Wirtschaftsministeriums. Semdner schaltete die Gleichstellungsbeauftragte des Landratsamtes ein. Doch der Druck am Arbeitsplatz ließ nicht nach. "Damals war ich richtig konfus im Kopf", erzählt sie. "Ich wusste nicht mehr, was war richtig und was war falsch." Ute Lorenz, 57 Jahre, ist Juristin bei der GEW Nordrhein-Westfalen (NRW)

der GEW Nordrhein-Westfalen (NRW) in Essen. Sie bietet Mobbingberatung an – und empfiehlt den Betroffenen, zunächst den Personalrat im kommunalen Schulamt oder in der Bezirksregierung einzuschalten. Der wisse auch, "ob sich noch jemand aus der Schule wegen Mobbing an ihn gewandt hat". Sie rät, ein Mobbing-Tagebuch zu führen. Darin könne man zum Beispiel notieren,





Die ehemalige Sozialarbeiterin Annegret Grothkopp leitet die Mobbingberatungsstelle des GEW-Kreisverbandes Ostsachsen in Bautzen. Als ehemaliges Mobbingopfer weiß sie, wie wichtig es ist, sich professionellen Rat zu holen.

leitung ständig in den Unterricht kommt und guckt". Oder dass man in großer Runde immer wieder kritisiert werde. Lorenz betont: Wer darum kämpfe, trotz Mobbing an seiner Schule zu bleiben, müsse sich auf eine lange Auseinandersetzung einstellen. Dauer: "Ein bis drei Jahre." Die Wahrscheinlichkeit, die Schule wechseln zu müssen, liege "bei über 90 Prozent".

Etliche Betroffene glauben, eine Mobbing-Situation sei rechtlich schnell zu lösen. "Das geht

> leider nicht", betont Lorenz. "Ich kann nur zuhören. Ich kann

> > bewerten." Aber:
> > "Ich kann das
> > Problem hier
> > nicht lösen.
> > Das muss vor
> > Ort geklärt
> > werden." Gewerkschaftlicher Rechtsbeistand für
> > Mobbingopfer?
> > Offenbar nur
> > in Ausnahmefällen möglich. "Im

Rechtsschutz haben wir diese Fälle nicht", sagt Mario Sandfort, Justiziar des GEW-Landesverbandes NRW. Er könne sich "an keinen Fall erinnern". Das NRW-Schulministerium verweist auf weitere Hilfsangebote. Etwa auf die Schulpsychologischen Dienste der Kommunen. Außerdem gebe es die "Landespräventionsstelle gegen Gewalt und Cybergewalt". Seit dem 1. September 2018 bestehe zudem "Sprech:ZEIT 24/7", ein kostenloses Beratungstelefon für Lehrkräfte, das rund um die Uhr erreichbar ist. Bislang sei das Angebot von rund 100 Anrufern im Monat genutzt worden, heißt es. Wie viele sich davon auf Mobbing bezogen haben, will das Schulministerium nicht verraten. Man habe zugesagt, "dass jegliche Inhalte des Beratungsangebots vertraulich behandelt werden".

### Lebenserfahrung ist hilfreich

Bautzen, Muskauer Straße 4. Im ersten Stock des Mehrzweckgebäudes befindet sich die Mobbingberatungsstelle des GEW-Kreisverbandes Ostsachsen. Grothkopp, 71 Jahre, serviert Kaffee, dazu Eierschecke, den sächsischen Käsekuchen. Sie erzählt, dass sie 1998 auf Vorschlag der GEW begonnen habe, die Beratungsstelle aufzubauen. Arbeitsagentur, Landrat, Berufsgenossenschaften und Unfallkasse Sachsen unterstützten das Projekt. "In den 1990er-Jahren war die Arbeitslosigkeit hoch. Da gab es viel Mobbing", erzählt sie. In den letzten Jahren sei die Anzahl der Fälle wieder gestiegen, sagt Grothkopp. "Im Wirtschaftsleben ist es sehr hart. Die Leute gehen mit Ellenbogen vor." Die Beratung ist kostenlos - ein Angebot nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder. "Ich habe mehr als 1.000 Beratungen gemacht", erzählt sie. Auch Menschen aus Westdeutschland riefen an. Im Laufe der Jahre baute sie ein Netzwerk auf, "mit Kontakten zu Ärzten, zum Arbeitsgericht, zu Rechtsanwälten". Sie sagt: "Ich kann zum Hörer greifen und sofort einen Termin beim Psychologen machen." Mindestens 15 Gerichtsverhandlungen habe sie erlebt. "Alle endeten mit einem Vergleich." Grothkopp hält Vorträge in Selbsthilfegruppen, in Schulen, im >



>>> Landratsamt Bautzen, beim DGB und bei der IG BAU. Längst ist sie in Rente, berät nur noch zehn Stunden pro Woche, auf 450-Euro-Basis. Aber aufhören? Wer die Beratung mal übernehme, müsse Fachwissen haben. "Und darf nicht zu jung sein." Lebenserfahrung sei nötig.

> Ruth Brenner, Personalrätin und Geschäftsführerin des GEW-Bezirks Mittelfranken, berichtet von einem anderen Mobbingfall: Eine angehende Lehrerin, die zum Referendariat an eine Nürnberger Brennpunktschule kam. "Sie hätte dort Unterstützung gebraucht", sagt Brenner. "Doch das Gegenteil war der Fall." Der Schulleiter habe Druck ausgeübt. "Immer wieder kam er in ihren Unterricht, äußerte sich abwertend über sie." Außerdem sei die Referendarin "übermäßig viel" für Vertretungsstunden eingesetzt worden, musste sogar Sekretariatsarbeiten erledigen. Weitere Demütigung: "Die Schulleitung hat sie einmal per Lautsprecher im Schulhaus suchen lassen: Bitte kommen Sie sofort ins Sekretariat." Psychische Probleme traten auf, die Krankheitstage häuften sich. "Von Kollegen kam keine Hilfe", erzählt Brenner. Die seien selbst sehr belastet, der Lehrermangel sei groß in Bayern. "Da bleibt die Hilfsbereitschaft auf der Strecke." Die Referendarin, die anonym bleiben will, schaltete schließlich den Personalrat ein. "Uns ist es gelungen, sie an einer anderen Schule unterzubringen", sagt Brenner. "Jetzt geht es ihr gut."

> Um gesundheitsgefährdende Attacken gegen Lehrkräfte zu verhindern, sind auch die Schulträger gefordert. So wurde beispielsweise 2010 in Frankfurt am Main die "Dienstvereinbarung Mobbing" geschlossen – ausgehandelt zwischen dem Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer sowie dem Staatlichen Schulamt Frankfurt. Das fünfseitige Papier hält fest, dass Schulleiterinnen und Schulleiter eine besondere Verantwortung tragen. Sie seien als Dienstvorgesetzte gehalten, "die Beschäftigten vor Beeinträchtigungen der körperlichen und psychischen Unversehrtheit zu schützen". Sie hätten

die Aufgabe, "vorbeugend geeignete Maßnahmen gegen Mobbing" zu ergreifen und im Konfliktfall "konstruktive Problemlösungen anzubieten". Als präventive Maßnahme nennt das Papier unter anderem: "Aufnahme des Themas Konfliktbearbeitung und Mobbingprävention in das Fortbildungsprogramm für Beschäftigte sowie für Schulleitungsmitglieder". Außerdem empfehlen Gesamtpersonalrat und Schulen allen Beschäftigten, die eigene Arbeitsorganisation auf Umstände zu prüfen, "die erfahrungsgemäß leicht zu Konflikten führen können". Ferner heißt es: "Betroffene werden bestärkt, Fehlverhalten von Vorgesetzten und/ oder Kolleginnen und Kollegen nicht hinzunehmen, sondern sich dagegen zur Wehr zu setzen." Beschäftigte, die das Fehlverhalten anderer miterlebten, "werden ausdrücklich aufgefordert, den/die Betroffene/n zu unterstützen".

### Ein Stück Wiedergutmachung

Was geschieht, wenn genau das nicht gemacht wird, zeigt das Beispiel von Erzieherin Semdner. Ab 2008 hatte sie zunehmend gesundheitliche Probleme. Die Klageschrift hält fest: "Schlafstörungen. Kopfschmerzen. Durchfall. Erbrechen. Zitterzustände. Antriebsarmut." Und: "Am 4. Dezember 2008 erlitt die Klägerin auf dem Weg vom Kindergarten im Rahmen ihrer Mittagspause einen Kreislaufzusammenbruch." Die Erzieherin wurde sechs Wochen krankgeschrieben. Danach ging das Mobbing weiter. "Binnen fünf Wochen hatte ich 13 außerordentliche Gespräche, beim Bürgermeister, bei der Leiterin", erinnert sie sich. Dann fand der Elternabend statt, "an dem alles hässlich geredet wurde". Der Abend mit den Suizidabsichten. Im März 2009 willigte sie ein, die Kita zu wechseln. Sie notierte: "Verabschiedung verläuft desolat. Leiterin und Stellvertreterin wollen mich nicht mit Kindern allein lassen, behandeln mich wie eine Verbrecherin." Im Juli 2009 ging sie vier Wochen

in die Uniklinik Dresden, zur psychotherapeutischen

Behandlung. Diagnose unter anderem: "Depression und Panikstörung." 14. Juli 2010. Vor dem Arbeitsgericht Bautzen einigte sich Semdner mit der Gemeinde Eibau auf einen Vergleich: Ihr Arbeitsverhältnis endete am 31. August 2010 "aus gesundheitlichen Gründen". Im Gegenzug erhielt sie von der Gemeinde ein laut Vergleich "wohlwollendes, qualifiziertes Zeugnis mit der Note gut". Außerdem zahlte ihr die Gemeinde eine Abfindung in Höhe von 35.000 Euro. Gefordert hatte sie 42.000 Euro plus Zinsen - als Entschädigung und Schmerzensgeld. "Drei Jahre haben wir gekämpft", sagt rückblickend GEW-Mobbingberaterin Grothkopp. Der Vergleich bedeute "ein Stück Rehabilitation". Semdner winkt ab: "Ich hätte lieber weitergearbeitet." Sie habe fünf Jahre gebraucht, "um wieder Boden unter die Füße zu bekommen". Die 65-Jährige ist heute Rentnerin.

Matthias Holland-Letz. freier Journalist

Wolfgang Kindler/Lioba Pötter, Mobbing gegen Lehrer. Tipps und Strategien zur Selbsthilfe und Prävention, Verlag an der Ruhr, 2015 (antiquarisch im Internet

Bezirksregierung Münster (Hrsg.), flikte bearbeiten – Mobbing verhindern ... auf dem Weg zum gesunden Arbeitsplatz Schule, 2007: bit.ly/mobbing-verhindern-pdf

Frankfurt/Main, 2010: www.gew.de/ffm-mobbing-pdf

Stefanie Lange et al., Workplace bullying among employees in Germany, 2018 (auf Englisch): bit.ly/workplace-bullying-germany

# Schulleitung ist in der Pflicht

// Klaudia Kachelrieß, Referentin im Vorstandsbereich Schule der GEW Berlin, über die Möglichkeiten von Schulleitungen und Personalvertretungen, Lehrkräfte vor Mobbing zu schützen. //

### **E&W:** Sie bieten Beratung zu Schulorganisation und -recht an. Melden sich Lehrkräfte wegen Mobbings?

Klaudia Kachelrieß: Ja, das kommt vor. Ebenso gibt es Fälle, in denen Kolleginnen oder Kollegen von Problemen in der Schule berichten, ohne dass ihnen klar ist, dass es sich um Mobbing handelt. Auch dass jemand zunächst wegen Mobbing anruft und sich herausstellt, dass die Konflikte im Kollegium oder mit der Schulleitung einen anderen Grund haben, gibt es. Wichtig ist also, zunächst herauszufinden, worum es eigentlich geht – und dann an entsprechende Stellen zu verweisen.

### E&W: Welche?

Kachelrieß: Im Grunde gibt es drei Stellen: erstens den Personalrat als Vertretung der Beschäftigten. Wir können in Berlin auf eine Dienstvereinbarung zum Umgang mit Mobbinghandlungen zurückgreifen, die bereits 2003 vom Personalrat mit der Senatsverwaltung abgeschlossen wurde und konkret beschreibt, was Mobbing ist und was die Schulleitung in Mobbingfällen zu tun hat.

### **E&W:** Und was hat die Schulleitung zu tun?

Kachelrieß: Sie ist gehalten, mit den Beteiligten zu reden, zunächst in Einzelgesprächen, dann in gemeinsamen. An deren Ende steht eine Vereinbarung, welche Verhaltensweisen künftig unterlassen werden müssen – was im Anschluss regelmäßig überprüft werden muss. Wünschenswert ist, dass neben der Beschäftigtenvertretung die Schulpsychologie diesen Prozess in der Rolle von Mediatorinnen oder Mediatoren begleitet. Dies ist die zweite Stelle, an die ich Betroffene in vielen Fällen weiterempfehle. Menschen, die gemobbt werden, können gesundheitliche, insbesondere psychische Schäden davontragen und benötigen psychologische Unterstützung.

### **E&W:** Haben die – ja sehr wenigen – Schulpsychologen nicht (zu) viel anderes zu tun?

Kachelrieß: Doch – sie sind in sehr vielen Belangen die einzigen Ansprechpartner für Schülerinnen, Schüler und Eltern. Tatsächlich berichten immer wieder Kolleginnen und Kollegen, dass sie kaum einen Termin bekommen. Dennoch sind Schulpsychologinnen und -psychologen laut ihrer Aufgabenbeschreibung auch für Konflikte im Kollegium und/oder mit der Schulleitung zuständig. Und sie sind diejenigen, die sich professionell mit Themen wie Umgang mit Gewalt, Stressprophylaxe, psychischer Gesundheit etc. beschäftigen und die Betroffenen in dieser Hinsicht unterstützen können.

### **E&W:** Was ist mit dem Rechtsweg?

**Kachelrieß:** Der GEW-Rechtsschutz ist die dritte Stelle, an die ich verweise. Wir haben einen Mobbingberater, der die Situation mit den Betroffenen analysiert und je nach Fall an unsere Rechtsanwältinnen oder -anwälte verweist.

### E&W: Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es?

Kachelrieß: Meist liegt der Fokus auf einer arbeitsrechtlichen Prüfung. Da kann es darum gehen, dass Dienstpflichtverletzungen nachgewiesen werden - wenn jemand dauerhaft, massiv und nachweislich gegen Kolleginnen und Kollegen agiert, kann das als eine solche gewertet werden. Die Schulleitung hat zudem eine Fürsorgepflicht. Sie muss aktiv werden. Tut sie das nicht und führt auch die Intervention von Personalrat und Schulpsychologie zu nichts - oder ist die Leitung selbst die Mobbing-Verursachende - verletzt sie diese Pflicht. Außerdem bietet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) die Möglichkeit, gegen Mobbing vorzugehen, wenn Beschäftigte etwa wegen der zugeschriebenen Herkunft, Religion, sexuellen Identität, des Alters oder Geschlechts oder einer Behinderung belästigt werden. Bestimmte Verhaltensweisen können auch strafrechtlich relevant sein – etwa Verleumdung, Beleidigung, Nötigung und natürlich Körperverletzung. Mobbing selbst ist kein eigenständiger Rechtsbegriff. Um einzuschätzen, ob und wenn ja welche rechtlichen Schritte gegangen werden, braucht es Juristinnen oder Juristen.

### **E&W:** Raten diese dazu, das Geschehene in einem Mobbing-Tagebuch zu dokumentieren?

**Kachelrieß:** Ja, und zwar so genau wie möglich – mit Zeit, Ort, Zeuginnen und Zeugen. Je konkreter etwas festgehalten wird, desto mehr Möglichkeiten gibt es, gegen Mobbing vorzugeben.

Interview: Jeannette Goddar,

freie Journalistin





# Wer glücklich ist, mobbt nicht

Ausgrenzung, Pöbeleien, Beleidigungen:

Mobbing hat viele Facetten. Die Folgen sind für die Betroffenen fatal; für sie wird die Schule zur Qual.

ler von der Universität Potsdam hat zusammen mit Kollegen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg untersucht, wie Lehrkräfte damit umgehen. Das Ergebnis: "Prinzipiell kann man sagen, dass sie nicht wegschauen, sondern ihren Erziehungsauftrag ernst nehmen." Eine Befragung zeigte, dass sieben von zehn Lehrkräften etwas vom letzten Mobbingfall in der Klasse mitbe-

überall." Der Erziehungswissenschaft-

kommen haben. Lediglich 3 bis 4 Prozent spielten die Vorfälle herunter.

Allerdings reagierten Lehrerinnen und Lehrer konkret sehr unterschiedlich. In der Regel führten sie ein Gespräch mit Täter und Opfer - und

// Manchen Schülerinnen und Schülern graut vor der Schule. Fast jeder Sechste wird gedemüdoch gefragt sind auch langfristige Strategien. //

Und wieder ging es direkt los: Wenn sich Jens\* auf einen Stuhl setzte, rückte sein Mitschüler demonstrativ weg. Wenn er nach einem Stift fragte, brüllte der andere laut: "Für dich sicher nicht!" Sagte Jens etwas im Unterricht, verdrehten Klassenkameraden demonstrativ die Augen. Irgendwann sagte er lieber gar nichts mehr, stand in der Pause alleine auf dem Hof. "Wenn so etwas über Monate geht, macht das kaputt", sagt Lehrerin Heide Eckert vom Schuldorf Bergstraße in der Nähe von Darmstadt. Von Mobbing betroffene Schülerinnen und Schüler wollen nicht mehr zur Schule gehen, ihre Noten werden schlechter, sie ziehen sich zurück, klagen über Bauchschmerzen und Kopfweh.

Eine 2017 veröffentlichte Sonderauswertung der PISA-Studie zum Wohlbefinden von Jugendlichen hat festgestellt, dass in Deutschland fast jeder sechste 15-Jährige mehrfach im Monat von teils massivem Mobbing betroffen ist. "Für manche ist die Schule ein Ort der Qual", schreiben die Autoren des OECD-Reports. Auch die Angst vor Mobbing ist groß. Einer aktuellen Untersuchung der Bertelsmann Stiftung zufolge fürchtet sich jedes dritte Kind an Haupt-, Gesamt- oder Sekundarschulen davor, ausgegrenzt, gemobbt oder geschlagen zu werden.

### Ermahnungen reichen nicht

Der Bildungsforscher Wilfried Schubarth stellt klar: "Mobbing gibt es

### **Frage & Antwort**

### Was sollte eine Lehrkraft tun, wenn sie von Mobbing erfährt?

Wichtig ist, dass die Lehrkraft sofort aktiv wird, ohne etwas zu überstürzen. Zunächst gilt es, mit dem Opfer zu sprechen. Danach ist es ratsam, sich Unterstützung zu holen - und das weitere Vorgehen mit Kolleginnen und Kollegen sowie Fachleuten zu klären. In vielen Schulen stehen Schulsozialarbeit oder Schulpsychologinnen und -psychologen als Ansprechpartner bereit. Außerdem sollten Schulleitung und Eltern einbezogen werden.

### **мовым 13**

Frage & Antwort
Was sollten Eltern unternehmen, wenn sie befürchten,
dass ihr Kind gemobbt wird?
Eltern sollten zuerst mit der
Klassenleitung sprechen.
Auch Schulsozialarbeit oder
Beratungslehrkräfte sind eine
gute Adresse. Wenig zielführend ist es, auf eigene Faust
die Täterin bzw. den Täter
oder die Eltern zur Rede zu
stellen. Damit kann eine Lösung erschwert werden. K. H.

verhängten Strafen wie Einträge oder Tadel. "Klar ist, dass es mit Ermahnungen nicht getan ist", betont Schubarth. Wichtig sei nicht nur der Blick auf Täter und Opfer, sondern vor allem die Frage: Wer unterstützt den Täter beziehungsweise die Täterin? Und wer schaut weg? Bei Mobbing handele es sich um eine Gruppendynamik, sagt der Wissenschaftler. Deshalb gelte es, den Konflikt mit der ganzen Klasse aufzuarbeiten. Seiner Meinung nach müssen Lehrkräfte klar Grenzen setzen, "auch um andere abzuschrecken".

Doch im Ernstfall sind Lehrkräfte oft überfordert. So ging es auch Eckert. Jens war damals neu in ihrer Klasse. "Mein erster Mobbingfall", sagt sie rückblickend. Der Zwölfjährige hatte schon mehrmals die Schule gewechselt, weil er so gehänselt wurde. Doch auch seine neuen Mitschüler stempelten ihn als "Nerd" ab. "Als ich mitbekommen habe, dass es wieder losging, war ich so unglücklich. Ich wusste nicht, wie ich helfen kann", sagt die Klassenlehrerin. Deshalb meldete sie sich zusammen mit ihrer Kollegin Sybille Schwarz zu einer Weiterbildung an. Drei Tage lang lernten sie, was sie gegen Mobbing tun können.

Die oberste Regel lautet: "Auf keinen Fall vor der Klasse in Anwesenheit der Opfer oder – noch

schlimmer – in Abwesenheit der Opfer über den Fall sprechen", betont Schwarz. Sonst erlitten sie erneut einen Kontrollverlust. So eine Situation könne äußerst peinlich sein. Auch die Sozialpädagogin Anne Korbach, Leiterin der Schulsozialarbeit in der Darmstädter Innenstadt Nord, dringt auf ein sensibles Vorgehen. Oft hätten die Opfer große Angst, danach noch mehr "gedisst" zu werden. Wichtig sei, ihnen klar zu machen: "Du bist nicht schuld." Zuerst sollten sich Lehrkräfte mit dem Opfer besprechen – auch um zu klären, ob es sich tatsächlich um Mobbing handele, so Schwarz. Nicht wenige Eltern nähmen das Wort oft vorschnell in den Mund. Die Lehrerin berichtet von einer Mutter, die in einer Mail schrieb: "Mein Sohn ist heute im Sportunterricht gemobbt worden." Doch bei Mobbing geht es nicht um einmalige Hänseleien. Dahinter steckt System. Die Attacken erstrecken sich über einen längeren Zeitraum, es ist nicht nur eine Person beteiligt, es herrscht ein Kräfteungleichgewicht - und das Opfer kommt nicht alleine aus der Situation heraus.

Eckert und Schwarz haben beobachtet, dass Jungen öfter handgreiflich werden. Sie nehmen ihr Opfer in den Schwitzkasten, stellen ihm ein Bein, schubsen es herum oder schlagen zu. Mädchen gehen subtiler vor. Fest steht: "Beides ist gleichermaßen verletzend", sagt Bildungsforscher Schubarth. Im Kern, betont Sozialpädagogin Korbach, sei das Vorgehen von Mädchen und Jungen weitgehend ähnlich: Sie schließen andere aus, bilden Grüppchen, drehen sich weg, schneiden Fratzen oder lästern übers Aussehen. Darauf angesprochen, erwiderten sie meist: "War doch nur Spaß."

Prinzipiell gilt: Es gibt kein Patentrezept gegen Mobbing. Viele Schulen setzen im ersten Schritt auf den sogenannten No-Blame-Approach. Der Ansatz ver-



# Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen

Dienstunfähigkeitsversicherung Berufsunfähigkeitsversicherung

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter "HUK-COBURG" oder unter www.HUK.de/Ansprechpartner







>>>

# Frage & Antwort Was können Lehrkräfte tun, um Mobbing zu verhindern?

Sehr viel hängt vom Klima in der Klasse ab. Generell gilt, dass Lehrkräfte klare Grenzen setzen und bei Ausgrenzungen oder Beleidigungen sofort eingreifen müssen. Schülerinnen und Schüler können Verhaltensregeln festlegen. Auch ein Klassenrat fördert das soziale Miteinander. Fragebögen liefern Hinweise, ob es erste Anzeichen für Mobbing gibt.

zichtet bewusst auf Schuldzuweisungen oder Bestrafungen – und zielt darauf ab, die Situation für das Opfer zu verbessern. Dabei wird aus vier bis acht Schülerinnen und Schülern eine Unterstützergruppe gebildet. Offiziell sollen sie einem Kind helfen, das sich in der Klasse nicht wohl fühlt. Auch die Täter werden einbezogen. "Dabei geht es um alltägliche Dinge", so Korbach. Ein Mädchen bietet an, sich neben das

Kind zu setzen, ein anderes will es mal nach Hause einladen. Nach vier Wochen wird geguckt, ob sich etwas verbessert hat.

### Prävention ist wichtig

Die Täterinnen und Täter haben meist selbst ein Problem. Wer glücklich und ausgeglichen sei, müsse nicht andere fertigmachen, meint Eckert: "Mobbing ist Druck, der weitergegeben wird." Diese Überzeugung teilt Korbach. Die Sozialpädagogin berichtet von einem Mädchen, das zu Hause von seinen Eltern geschlagen wurde. Als kurz darauf ein Mobbingfall auf ihrem Schreibtisch landete, stutzte sie: Haupttäterin war jenes Mädchen, das eben noch als Opfer in ihrer Beratung saß. Doch klar sei auch: Wenn das Mobbing nicht aufhört, müssten Konsequenzen folgen. "Es gibt einen Punkt, an dem es nichts mehr zu schwätzen gibt", betont Korbach.

Neben Intervention spielt Prävention eine zentrale Rolle. Das A und O, so Schubarth, sei der Erziehungsauftrag. Wichtig sei vor allem, soziale Kompetenzen in der Klasse zu stärken. Dabei gelte es zu klären: "Wie wollen wir miteinander umgehen? Und wie lösen wir Konflikte?" Sich Zeit dafür zu nehmen, sei wichtiger, als den Stoff durchzuziehen. Zur Unterstützung benötigten Schulen mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, fordert der Wissenschaftler. Doch auch die Lehrkräfte müssten sich mehr sozialpädagogische Kompetenzen aneignen. Im Studium spielten solche Themen eine Nebenrolle. Vielerorts tut sich etwas. Schulen setzen Soziales Lernen auf den Stundenplan, trainieren

### Frage & Antwort Wie kann die Schule vorbeugen?

Der Einsatz gegen Mobbing sollte im Leitbild verankert werden. Sinnvoll ist es, das Kollegium für das Problem zu sensibilisieren und im Umgang damit zu schulen, zum Beispiel durch Fortbildungen. Mehrere Lehrkräfte können ein Präventionsteam bilden und ihre Kolleginnen und Kollegen unterstützen.

Schülerinnen und Schüler im Umgang mit Konflikten und bilden Präventionsteams.

Im Schuldorf Bergstraße ist Matilda aktiv gegen Mobbing. Die 16-Jährige geht in alle 6. Klassen und bietet Workshops an. Mit einem Rollenspiel sollen sich die Schülerinnen und Schüler in die Opfer hineinversetzen, spüren, wie es sich anfühlt, ausgegrenzt zu werden. "Für viele ist das eine krasse Erfahrung", sagt Matilda. Im Stuhlkreis ermutigt sie die Mädchen und Jungen, von ihren eigenen Erfahrungen zu berichten - und macht immer wieder klar: "Ihr könnt euch jederzeit an mich wenden, wenn ihr Hilfe braucht." Sie findet: "Jeder hat das Recht, ohne Angst in die Schule zu gehen."

Für Jens wurde die Situation damals etwas besser. Nach ihrer Fortbildung hat Eckert direkt den No-Blame-Approach ausprobiert, zunächst mit Erfolg. Jens habe sich in der Pause

### Frage & Antwort

### Wo gibt es externe Unterstützung?

In jedem Bundesland gibt es Anlaufstellen, zum Beispiel das Netzwerk gegen Gewalt (NgG) und das Projekt Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD) der hessischen Landesregierung oder den Verein Fairaend in Köln. Auch Jugend- oder Schulämter vermitteln Unterstützung. K. H.

hinter Lehrkräften versteckt, weil ihm alle helfen wollten, berichtet die Lehrerin. Doch letztlich sei der Junge ein Außenseiter geblieben. Immerhin habe das Mobbing aufgehört. Und Jens blieb in der Klasse. "Er sagte zu mir, dass alles in Ordnung sei. Da habe ich fast geweint."

Kathrin Hedtke. freie Journalistin

### \*Name geändert

### Mehr Infos:

Ein Wegweiser zur Mobbingprävention und -intervention in Hessen: bit.ly/mobbing-netzwerk-hessen

Sonderauswertung der PISA-Studie 2015 zum Wohlbefinden von Jugendlichen, veröffentlicht im Frühjahr 2017: bit.ly/oecd-pisa-2015

Wilfried Schubarth und Ludwig Bilz (u. a.): "Gewalt und Mobbing - auch eine Folge unterlassener Hilfeleistung? Ergebnisse einer Studie zum Lehrerhandeln bei Gewalt und Mobbing": bit.ly/gewalt-und-mobbing-pdf

Verein Fairaend: www.fairaend.de





In letzter Zeit fühlen Sie sich von den Anforderungen im Alltag zunehmend überlastet und oft selbst Kleinigkeiten nicht mehr gewachsen? Dann könnten das erste Anzeichen für eine psychische Erkrankung sein, die Sie ernst nehmen sollten.

In der Habichtswald Privat-Klinik helfen wir Ihnen, neue Kraft zu schöpfen und Ihr Leben wieder lebenswert zu machen: Dabei integrieren wir in unserem ganzheitlichen Therapiekonzept gleichwertig die Methoden modernster wissenschaftlicher Schulmedizin und bewährter Naturheilverfahren und verstehen den Menschen immer als Einheit von Körper, Seele und Geist.

Gerne beraten wir Sie ausführlich und persönlich. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an unter 0800 - 890 11 01.

Aufnahme im Bedarfsfall: einfach und schnell.

# Es gibt keine Unbeteiligten

// Wie wird man zum Täter, wie zum Opfer? Welche Rolle spielen die Mitläufer und Zuschauer beim Mobbing? Ein Gespräch mit Kaj Buchhofer von der Beratungsstelle Gewaltprävention der Schulbehörde Hamburg. //

**E&W:** Herr Buchhofer, wie entsteht in einer Klasse Mobbing?

Kaj Buchhofer: In einer Testphase tasten sich die Täter vor: Wen kann ich hier leicht provozieren? Wie reagieren die anderen? Im Laufe eines Mobbingprozesses verschiebt sich langsam das Normengefüge in der Klasse: Was ist erlaubt, was nicht? Da heißt es bei dummen Sprüchen plötzlich zum Beispiel: "Ach, das war doch nur Spaß." So festigt sich Schritt für Schritt ein Mobbingsystem. Meist gibt es dabei ein, zwei Haupttäter, eine Reihe von Mitläufern, die mitmachen, lachen, ermutigen und eine Mehrheit, die zuschaut.

E&W: Was treibt die Täter an?

**Buchhofer:** Meist haben sie zu Hause oder in der Schule gelernt, dass sie mit Gewalt weiterkommen. Es entwickelt sich ein Verhaltensmuster. Mobbing gibt ihnen Macht, eine Führungsposition, manchmal lenkt es von anderen Problemen ab. Wichtig ist zu fragen: Welchen Nutzen hat das Kind vom Mobbing?

**E&W:** Wann wird jemand zum Mobbingopfer?

**Buchhofer:** Wenn eine Gruppe es zulässt. Sonst nie. Diese Position ist für mich eine unverzichtbare pädagogische Haltung.

**E&W:** Jeder und jede kann also Opfer werden?

**Buchhofer:** Absolut. Die Frage nach "typischen Mobbingopfern" ist daher höchst gefährlich. Denn sie unterstellt indirekt, dass es Gründe im Kind, in seiner Person, seinem Verhalten gibt,

die dazu führen, dass es Mobbingopfer wird. Damit wird ihm ein Teil der Schuld in die Schuhe geschoben. Der nächste Schritt ist dann nicht mehr weit: Ändere dich, dann hört das Mobbing auf.

**E&W:** Allerdings sprechen Experten durchaus von unterschiedlichen Opfertypen.

Buchhofer: Ja, grundsätzlich unterscheiden wir zwischen dem provozierenden und dem passiven Opfertyp. Die eine ist laut und aggressiv oder wird als nervend empfunden, der andere ist der zurückgezogene Außenseiter. Diese Typisierung ist sinnvoll, weil sie helfen kann, Mobbingopfer zu identifizieren

**E&W:** Unterschätzen Lehrkräfte ihren Einfluss auf Mobbing manchmal?

Buchhofer: Tatsächlich ist Lehrkräften oft nicht bewusst, dass sie indirekte Signale senden. Gerade bei provozierenden Opfertypen leisten sie einer Ausgrenzung manchmal sogar Vorschub. Aggressive Opfertypen stressen, sie kosten Kraft im pädagogischen Alltag. Wenn Lehrkräfte genervt auf sie reagieren, mit den Augen rollen oder sie vor der Klasse anfahren, vermitteln sie: Schaut, mit dem darf man sowas machen.

**E&W:** Beim Thema Mobbing stehen meist Täter und Opfer im Fokus. Welche Rolle spielen die Mitläufer und Zuschauer?

**Buchhofer:** Die Arbeit mit ihnen ist Kernstück jeder Prävention. Weil sie die größte Gruppe in der Klasse bilden, sind sie der beste Hebel für Vorbeugung. Sie müssen wir stärken.

**E&W:** Warum schauen viele Schülerinnen und Schüler bei Mobbing tatenlos

**Buchhofer:** Oft ist es ein Mix verschiedener Motive. Manche sind belustigt, viele verunsichert und haben Angst, selbst zum Opfer zu werden. Das Be-



dürfnis nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe ist ein ungeheuer wichtiges menschliches Grundbedürfnis, das dürfen wir nicht unterschätzen.

**E&W:** Gibt es auch bei den Zuschauern unterschiedliche Typen?

**Buchhofer:** Wir unterscheiden zwischen Mitläufern, die ab und an auch mitmischen, Duldern, die es einfach geschehen lassen, und ehemaligen Freunden des Opfers, die sich verunsichert abwenden, wenn ihr Kumpel schikaniert wird. Sie treffen den Freund oder die Freundin – wenn überhaupt – nur noch heimlich am Wochenende.

**E&W:** Wie ermutigt man die Mitläufer und Zuschauer, ihr Verhalten zu ändern?

**Buchhofer:** Zum Beispiel indem Lehrkräfte in Kleingruppen das Gespräch suchen: Was war eure Rolle? Was könnt ihr tun, damit es dem betroffenen Kind besser geht? Morgens Hallo sagen, mittags mit an den Tisch setzen, ge-

### MOBBING 17



meinsam die Pause verbringen. Sich mit anderen aus der Klasse gegenseitig ermutigen, etwas zu tun. Vorkommnisse aufschreiben oder Screenshots machen. Wenn möglich, dazwischen gehen, Stopp sagen! Hilfe holen bei Erwachsenen. Dies ist bei Mobbing kein Petzen, sondern dient der Gerechtigkeit.

### **E&W:** Wie können Lehrkräfte dem Mobbingopfer selbst helfen?

**Buchhofer:** Zunächst müssen sie unmissverständlich zeigen: Wir nehmen dich ernst, und es gibt keinen Grund für Scham. Dann sollten sie klar signalisieren: Wir helfen dir, aber nie über deinen Kopf hinweg. Du gibst zu jedem Schritt das Okay, wir stehen an deiner Seite.

**E&W:** In Hamburg hat die Beratungsstelle Gewaltprävention mit der Techniker Krankenkasse das bundesweite Anti-Mobbing-Pro-

jekt "Gemeinsam Klasse sein" entwickelt, das soeben völlig neu überarbeitet wurde\*. Was bieten Sie den Schulen an?

**Buchhofer:** Wir stellen Schulen Erklärvideos, Arbeitsblätter, Übungen und Rollenspiele rund um die Themen Mobbing und Cybermobbing zur Verfügung, mit denen sie Projekttage in der 5. Klasse veranstalten können.

**E&W:** Wird dabei auch speziell die große Gruppe der Zuschauer angesprochen?

Buchhofer: Sie ist sogar immens wichtig. In einem Film etwa sind die Hauptpersonen eine Schülerin, die gemobbt wird, und ihre Freundin Mia, der Mitschüler drohen: Wenn du die zu deinem Geburtstag einlädst, kommen wir nicht. Danach werden die Schüler gefragt: Was kann Mia tun? In Rollenspielen reflektieren sie das und spielen es durch. Dabei lernen sie: Alle können und müssen etwas gegen Mobbing tun, es gibt keine Unbeteiligten.

**E&W:** Kann sich jede Lehrkraft in Eigenregie bei Ihnen melden?

**Buchhofer:** Nein, die Schule muss sich als Ganzes anmelden. Denn ohne dass sich eine Schule zu einem nachhaltigen, in der Schulstruktur verankerten Umgang mit Mobbing verpflichtet, funktioniert es nicht. Anschließend bilden wir Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter für die Arbeit vor Ort fort.

### **E&W:** In welchem Alter ist Mobbing-prävention sinnvoll?

Buchhofer: Grundsätzlich in jedem. Besonders wichtig ist Präventionsarbeit allerdings, wenn sich neue Lerngruppen bilden, zum Beispiel wie in fast allen Bundesländern zu Beginn der weiterführenden Schule in Klasse 5. In dieser Phase sortieren sich Beziehungen, es entscheidet sich, wie die Schülerinnen und Schüler miteinander umgehen.

Interview: Anja Dilk, freie Journalistin

\*www.gemeinsam-klasse-sein.de

### "Den Menschen im Blick"

Geprägt von dieser Philosophie erbringen wir seit über 20 Jahren eine medizinische Versorgung auf höchstem Niveau in den Bereichen Psychosomatik, Psychotherapie und Naturheilverfahren.

Die in traumhafter Landschaft des Allgäus und in unmittelbarer Nähe zum Bodensee gelegene Privatklinik mit ausschließlich Einzelzimmern ist eine Klinik zum Wohlfühlen.



Das Konzept unserer Klinik soll sowohl naturwissenschaftlichschulmedizinischen als auch psychosomatischen Ansprüchen gerecht werden und ist u. a. ideal geeignet zur Behandlung von Burn-out, Angsterkrankungen und Depressionen.

Ein Aufenthalt dauert in der Regel 4-6 Wochen, integriert verschiedene psychotherapeutische Behandlungsmethoden und ist dem Grunde nach beihilfefähig.

Bei Fragen zu einem Aufenthalt hilft Ihnen unser Patientenservice gerne weiter.



### Panorama Fachklinik Scheidegg Privatklinik Hubertus

Psychosomatik. Psychotherapie. Naturheilverfahren. www.panorama-privatklinik.de \* 0800 / 7 234 005





Infos unter: https://stiftung-mediation.de/projekte/mediation-als-haltung

# "Geh sterben, du hässliche Kuh"

// Auf dem Schulhof wird zwar weniger geprügelt. Doch Psychoterror via Smartphone nimmt zu. Cybermobbing kann bis zum Aufruf zum Suizid gehen. Das überfordert Lehrkräfte. //

Opfer und Täter werden immer jünger. Bei den 11-Jährigen seien es meist noch Bikinifotos, die ohne Zustimmung online verbreitet werden, schon bei 13-Jährigen aber öfter auch Nacktaufnahmen, sagt Jasmin Wittmann. Die 21-Jährige engagiert sich seit fünf Jahren ehrenamtlich als Scout bei JUUUPORT.de - einer Onlineberatungsplattform für Jugendliche bei Problemen im Web. Sie hat zunehmend mit Cybermobbingfällen zu tun, die in den Bereich des sogenannten Sextings fallen. "Meist sind Mädchen betroffen, deren Beziehung in die Brüche ging - und aus Rache schickt der Ex intime Bilder herum."

Erst kennen diese ein paar Freunde, dann die ganze Klasse, irgendwann die gesamte Schule. Oder es werden öffentliche Fake-Profile bei Instagram erstellt, und die Fotos gleich mit der ganzen Welt geteilt. JUUUPORT ist oft die erste Anlauf-



Digital drangsalieren die Täterinnen und Täter anders als auf dem Schulhof: ungehemmt und fern der Kontrolle Erwachsener – mit Fotos und Videos, die das Internet nicht vergisst.

stelle für die Betroffenen, die sich aus Scham nicht mehr in die Schule trauen. Oder aus Angst, weil Mitschülerinnen und Mitschüler sie mit Handy-Nachrichten wie "Morgen nach der Schule mach ich dich fertig" und "Geh sterben, du hässliche Kuh" quälen.

Waren es erst soziale Netzwerke wie Facebook, sind es nun Instant-Messaging-Dienste wie WhatsApp, über die Kinder und Jugendliche mobben. Digital drangsalieren die Täterinnen und Täter anders als auf dem Schulhof: ungehemmt und fern der Kontrolle Erwachsener, mit Fotos und Videos, die das Internet nicht vergisst, zeitlich weit nach Schulschluss hinaus – und mit riesiger Reichweite.

Die Studie "Cyberlife II: Spannungsfeld zwischen Faszination und Gefahr" (2017), für die das Bündnis gegen Cybermobbing e. V. 3.000 Eltern, Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler befragte, bilanziert: Rund 13 Prozent der Schülerinnen und Schüler waren bereits von Cybermobbing betroffen. Das sind fast 4 Prozent mehr als in der ersten Studie 2013. An Berufsschulen wurden nach Angaben der Lehrkräfte die meisten Fälle gemeldet (91 Prozent), doch schon jede zweite Grundschule kennt das Problem. Die Referentin der EU-Initiative Klicksafe der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, Nadine Eikenbusch, erklärt die Zunahme auch mit der ständigen technischen Weiterentwicklung. "Die Täter haben immer mehr Möglichkeiten", sagt sie. "Andere zu beleidigen, wird immer leichter und geht immer schneller."

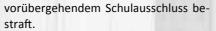
Am häufigsten beobachten Lehrende laut Studie bei den Opfern niedergeschlagene oder bedrückte Stimmungen (74 Prozent). Fast jeder Zweite bemerkt Angstzustände und Leistungsabfall. Weitere Symptome sind Konzentrationsprobleme (42 Prozent) und häufige Fehlzeiten (32 Prozent). Jedes fünfte Cybermobbingopfer hatte bereits Suizidgedanken. Brisant: Trotzdem gibt jede

zehnte Lehrkraft an, Cybermobbing nicht für ein gefährliches Problem zu halten. Eikenbusch sieht mehrere Gründe dafür, dass sich Schulen teils schwertun: Cybermobbing gilt als Problem der anderen, die Aneignung von Fachwissen erfordert Eigenengagement. Das Thema Medienkompetenz ist in den Lehrplänen und im Unterricht zu wenig verankert. Ungeklärt sind etliche Fragen: In welchem Fach bringe ich Datenschutz und Privatsphäre, aber auch Regeln des sozialen Umgangs unter? Wer bezahlt Fortbildungen für das Kollegium? Im Notfall kommt noch die juristische Perspektive dazu: Wann muss ich als Lehrkraft zur Polizei gehen?

### Schule gegen Cybermobbing

Als Vorbild kann die Grund- und Werkrealschule Bergschule Singen im badenwürttembergischen Remchingen dienen: Sie ist seit November 2018 "Schule gegen Cybermobbing". Das Kollegium wurde durch das Bündnis für Cybermobbing fortgebildet. Es gibt eine monatlich tagende Steuerungsgruppe aus Lehrkräften, der Schulleitung, dem Schulpsychologen sowie Schülerinnen und Schülern und einen Handlungsleitfaden für den Notfall. "Seitdem sind die Fälle zurückgegangen", sagt Rektor Efthymios Vlahos. Ab September wird die Schulsozialarbeit Schülerinnen und Schüler zu Medienscouts ausbilden. Zur Prävention arbeitet jede 5. Klasse mit dem Lions-Quest-Programm, das der Bildungsforscher Klaus Hurrelmann entwickelte, um Respekt und Rücksicht zu fördern.

Auch an der Bergschule ist der häufigste Tatort WhatsApp. Das gehe schon in den Klassen 3 und 4 los, "spätestens aber ab Klasse 5", sagt Vlahos. In einem extremen Fall gründete ein Sechstklässler eine Gruppe gegen einen Mitschüler, die bis zum Aufruf zum Suizid ging. Das Opfer sei "zum Glück ein stabiles Kind" gewesen und habe sich sofort einem Lehrer anvertraut. Der Täter wurde mit



Zu erkennen, ob jemand digital gemobbt werde, sei mit "die größte Herausforderung", sagt der Rektor. "Da sind wir auch darauf angewiesen, dass die Schülerinnen und Schüler zu uns kommen." Ebenfalls schwierig sei die Kommunikation mit den Eltern des Täters. Die wollten oft nicht glauben, dass ihr Kind jemanden terrorisiert habe, wiesen alle Vorwürfe zurück – "und machen die Täter zum Opfer".

Vlahos warnt eindringlich: "Wir müssen aufpassen, dass die Jugend nicht verroht. Die Sprache unter den Jugendlichen wird zunehmend aggressiver. Die sagen zu einem Mitschüler 'Spring von der Brücke, du Hurensohn' und halten das für einen Witz."

GEW-Schulexpertin Ilka Hoffmann fordert, Cybermobbing müsse durchgehend Thema in der Lehrkräftebildung werden – sowohl in der Aus- als auch in der Fortbildung. Würden Lehrerinnen und Lehrer mit einem konkreten Fall konfrontiert, seien sie aktuell meist unvorbereitet – "und überfordert". Es gebe zwar Anlaufstellen, Beratungsmöglichkeiten und Fortbildungsangebote, "aber weder ausreichend noch flächendeckend".

Nach einer ersten Cybermobbing-Umfrage der GEW im Jahr 2007 will das neue Bundesforum Digitalisierung (s. E&W 5/2019, S. 40) pädagogische Handreichungen erarbeiten. Wichtig sei, "das Thema auf der politischen Agenda zu halten", betont Hoffmann – und nicht erst dann wieder darüber zu diskutieren, wenn sich ein weiterer junger Mensch das Leben genommen habe.

Tipps sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Lehrerinnen und Lehrer gibt es unter anderem auf den Webseiten von JUUUPORT und Klicksafe: Betroffene sollten die Angriffe per Screenshot dokumentieren, die Absender melden und blockieren.

### Tipps der Polizei

In der von Klicksafe veröffentlichten Broschüre "Was tun bei (Cyber) Mobbing? Systemische Intervention und Prävention in der Schule" werden auch rechtliche Grundlagen erläutert. So ist Cybermobbing zwar kein eigener Straftatbestand, aber es ist möglich, gegen einzelne strafrechtlich relevante Tatbestände vorzugehen – etwa Verleumdung, Erpressung oder die unerlaubte Verbreitung von Fotos und Videos. In diesen Fällen sollte die Polizei eingeschaltet werden.

Die Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder gibt auf ihrer Homepage ebenfalls detaillierte Hinweise: So dürfen Lehrpersonen nur mit Erlaubnis der Eltern das Handy einer Schülerin oder eines Schülers einsehen. Bei Verdacht auf eine Straftat dürfen nur die Polizei oder die Staatsanwaltschaft das Gerät auch gegen den Willen des mutmaßlichen Täters durchsuchen. Lehrkräfte können das Smartphone jedoch einziehen.

Im Vorwort der Klicksafe-Publikation heißt es übrigens auch: "In einer gut geführten Klasse gibt es weniger Mobbing." Doch damit fängt das Problem aus Sicht der GEW schon an: Da Lehrkräfte im Unterricht kaum Zeit für das hätten, was über die reine Wissensvermittlung hinausgeht, sei es schwer, ein Klima aufzubauen, in dem das Problem kaum vorkommt oder angstfrei thematisiert werden kann, gibt Hoffmann zu bedenken.

Nadine Emmerich, freie Journalistin

Studie "Cyberlife II: Spannungsfeld zwischen Faszination und Gefahr": bit.ly/2rzljfV

Klicksafe-Broschüre "Was tun bei (Cyber)Mobbing? Systemische Intervention und Prävention in der Schule": bit.ly/2Wla1tw

Tipps der Polizeilichen Kriminalprävention des Bundes und der Länder: https://bit.ly/2DMi4bD

E&W 6/2015, Schwerpunkt Cybermobbing: bit.ly/2LfzDqI

Jedes fünfte Cybermobbingopfer an Schulen hatte laut der Studie "Cyberlife II: Spannungsfeld zwischen Faszination und Gefahr" (2017) bereits Suizidgedanken.

# Wie rechts ist die Mitte?

// Vier Fünftel der Deutschen halten die Demokratie für die richtige Regierungsform und fast ebenso viele sind gegenüber Minderheiten tolerant eingestellt. Dennoch schlägt die Ende April veröffentlichte "Mitte-Studie" der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)\* Alarm: Die politische Mitte erodiere, rechtsextreme und -autoritäre Einstellungen würden zunehmend salonfähig. Kritisiert wird zudem die unzureichende politische Bildung in den Schulen. //

Wer gehört in Deutschland zur politischen Mitte? Die Frage lässt sich nicht so einfach beantworten. Die klassischen Volksparteien SPD und CDU/CSU nehmen seit jeher für sich in Anspruch, die Mitte zu vertreten. Vereinfacht gesagt: Alle Einstellungen, die zwischen den extremen linken und rechten politischen Rändern liegen, werden als zur Mitte zugehörig betrachtet. Es ist daher ein Alarmsignal, wenn in dieser Mitte rechte Meinungen auf fruchtbaren Boden fallen. So kam die Bertelsmann Stiftung im vergangenen Jahr in ihrem "Populis-

musbarometer"\*\* zu dem Schluss, dass populistische Einstellungen in der Mitte zunähmen und vor allem die rechtsnationalistische AfD davon profitiere.

Doch wie rechts denkt die Mitte in Deutschland wirklich? Darauf versucht die SPD-nahe FES seit 2006 in einer Studien-Reihe eine Antwort zu finden. Alle zwei Jahre untersucht ein Autorenteam die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. Ende April wurde die jüngste Erhebung vorgestellt. Sie trägt den Titel "Verlorene Mitte -Feindselige Zustände". Für die 327 Seiten umfassende aktuelle repräsentative Erhebung wurden 1.890 Menschen mit deutschem Pass telefonisch befragt. Sie mussten zu einem Katalog von Aussagen Stellung nehmen und den Grad ihrer Zustimmung ausdrücken, von "stimme überhaupt nicht zu" bis "stimme voll und ganz zu".

Die erste Ausgabe vor 13 Jahren war mit "Vom Rand zur Mitte" überschrieben, 2008 lautete der Titel "Bewegung in der Mitte", zwei Jahre später "Die Mitte in der Krise", 2012 "Die Mitte im Umbruch", 2014 ("Fragile Mitte") kam der Untertitel "Feindselige Zustände" dazu, die Erhebung 2016 wurde mit dem Titel "Gespaltene Mitte" veröffentlicht. Jetzt also ist die Mitte, folgt man den Studienmachern, bereits verloren.

Dabei sind die Aussagen dazu in der Studie längst nicht so eindeutig. So ist die Islamfeindlichkeit in der aktuellen Erhebung deutlich geringer ausgeprägt als früher; heute stimmen 18,7 Prozent abwertenden Aussagen zu Muslimen zu, 2016 lag der Wert unwesentlich niedriger bei 18,3 Prozent, 2014, also vor der sogenannten Flüchtlingskrise, bei 17,5 Prozent, in den 2000er-Jahren wurden jedoch deutlich höhere Werte erreicht: 30,3 Prozent (2006) und 22,4 (2008).

Beate Küpper vom Autorenteam der Studie betont allerdings gegenüber E&W, dass diese Aussagen im Zusammenspiel mit anderen Indikatoren betrachtet werden müssten. Es habe sie und ihre Kollegen überrascht, wie sehr eine Anti-Establishment-Haltung,



Eine Demokratie lebt von einer stabilen politischen Mitte. Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat mit ihrer Aussage, dass in diesem Zentrum demokratiefeindliche, autoritäre und intolerante Einstellungen zunehmen, für eine Kontroverse gesorgt.

### GESELLSCHAFTSPOLITIK 21

wie sie etwa in der Zustimmung zu Aussagen wie "Man muss sich gegen die aktuelle Politik wehren" oder "Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen" zum Ausdruck komme, mittlerweile mit illiberalem Demokratieverständnis und kollektiver Wut (insbesondere gegen Zuwanderer) einher gehe.

### **Demokratie lernen**

Besorgniserregend sind diesbezüglich die Werte hinsichtlich der Einstellung zu Asylsuchenden, zu Muslimen oder zur Minderheit der Sinti und Roma. Mehr als die Hälfte der Befragten (54,1 Prozent) hat eine negative Meinung zu Geflüchteten, ein Viertel (25,8 Prozent) stimmt feindlichen Äußerungen zu Sinti und Roma zu. Während die Werte zu den Sinti und Roma in den Vorgängerstudien 2014 und 2016 ähnlich hoch ausfielen, war die Flüchtlingsfeindlichkeit 2014 mit 44,3 Prozent niedriger ausgeprägt als heute. Allerdings können hier keine Vergleiche zu den 2000er-Jahren angestellt werden, da entsprechende Daten erst seit 2011 erhoben werden.

Die Studie legt zudem nahe, dass negative Einstellungen gegenüber Minderheiten vom Bildungsgrad abhängen. So sind fremdenfeindliche Haltungen bei 28,3 Prozent der Befragten mit formal niedriger Schulbildung (maximal Hauptschulabschluss) festzustellen, wohingegen lediglich 6,7 Prozent der Menschen mit hoher Schulbildung (mindestens Fachabitur) fremdenfeindlichen Aussagen zustimmen. Ähnlich sind die Ergebnisse mit Blick auf antisemitische Ressentiments (klassischer Antisemitismus 7,4 gegenüber 1,9 Prozent) oder etwa die Abwertung homosexueller Menschen (15,7 zu 1,3 Prozent).

Die Schlussfolgerung, dass Ressentiments durch ein höheres Bildungsniveau gedämpft werden können, wird von den Studienmachern aber nur eingeschränkt geteilt. Sie weisen darauf hin, dass höher Gebildete eher um die gesellschaftliche Norm wissen, sich öffentlich nicht rassistisch oder antisemitisch zu äußern, als Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen.

Dennoch betonen sie nachdrücklich den Wert der politischen Bildung für die Demokratie. Hier liege einiges im Argen, kritisiert Küpper. Der Politikunterricht in den Schulen sei "oft sehr zusammengeschrumpft". Dies gelte für alle Schulformen, vor allem aber für die Berufsschulen, in denen die wenigen Politik- und Geschichtsstunden für spezielle Prüfungsvorbereitungen auf die Hauptfächer verwendet würden.

Wie groß diesbezüglich die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind, zeigt das "Ranking Politische Bildung 2017" der beiden Sozialwissenschaftler Reinhold Hedtke und Mahir Gökbudak von der Universität Bielefeld\*\*\*. Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I an Gymnasien in Hessen und Schleswig-Holstein haben acht Mal mehr Zeit für politische Bildung in der Schule als Gymnasiasten in Bayern. Auch in Thüringen und Berlin friste der Politikunterricht ein Schattendasein (s. E&W Schwerpunkt "Politische Bildung"

Es komme aber nicht allein auf die Quantität des Unterrichts an, sagt Küpper. "Auch jenseits von Politikunterricht muss Demokratie geübt und erfahrbar gemacht werden und sein, zum Beispiel bei Entscheidungen in Klassen oder Schülerparlamenten. Dazu gehöre, dass Lehrkräfte vermitteln, "warum sich solch ein mühseliges, anstrengendes und kompliziertes Unterfangen wie Demokratie lohnt".

Jürgen Amendt, Redakteur F&W

- \*bit.lv/fes-mitte-studie
- \*\*bit.ly/bertels-populismus2018-pdf
- \*\*\*Download als PDF:

bit.ly/ranking-pol-bildung2017







# Im eigenen Tempo zum Abitur

// Nicht alle Kinder lernen im gleichen Tempo. Diese Erkenntnis hat in einigen Bundesländern zur Einführung der sogenannten Schuleingangsphase geführt, in der die Schülerinnen und Schüler ein, zwei oder drei Jahre lang verbleiben. Doch ist das auch ein Modell für Abiturienten? Die GEW meint ja und spricht sich für eine flexible Oberstufe aus, die je nach individuellem Lerntempo zwei, drei oder vier Jahre dauert. //

Sie leben zwischen Training auf Top-Niveau und Unterricht: Wer die "Friedrich Ludwig Jahn"-Schule in Potsdam besucht, bringt eine sportliche Begabung mit. Einige der Jugendlichen mischen schon während der Schulzeit auf internationalem Niveau mit – inklusive Wettkämpfen im In- und Ausland. Damit sie dennoch ihren bestmöglichen Abschluss schaffen, hat die Schule für ausgewählte Sportlerinnen und Sportler das "additive Abitur" eingeführt. Gemeint ist, dass nicht alle Abschlussprüfungen in einem Jahr abgelegt werden.

Könnte dieses Verfahren statt einer Sonderlösung für Hochleistungssportler ein Modell für andere Schulen werden? Die GEW setzt sich für eine flexible Oberstufe ein, die je nach Lerntempo zwei, drei oder vier Jahre dauert. Für dieses Modell sprechen Erfahrungen anderer Länder und wissenschaftliche Erkenntnisse. Doch zurzeit scheint nicht einmal ein Modellversuch wahrscheinlich. Denn die Kultusministerkonferenz (KMK) sieht die Idee kritisch und will nicht vom klassischen Abitur abweichen.



Dabei seien neue Ideen überfällig,

meint Anne Sliwka, Professorin

am Institut für Bildungswissen-

schaft an der Universität Heidelberg. "Der Zugang zu Wissen hat

sich durch die Digitalisierung auf

radikale Weise demokratisiert",

sagte sie 2017 in einem Vortrag.

"Zeitgemäß lernen bedeutet nicht

mehr nur verstehen, sondern die

Fähigkeit zum problemlösenden

Handeln zu wecken." Dazu gehöre,

die Kompetenzen der Jugendlichen zu entwickeln – und möglichst viele

mitzunehmen: "Vielfalt ist gesell-

schaftlicher Reichtum." Im deutschen Bildungswesen "denken wir

in sozialen Bezugsnormen, wir ver-

gleichen Schülerinnen und Schüler

### BILDUNGSPOLITIK 23

such beantragt.

### Pädagogische Vorteile

Die Struktur der Oberstufe und des Abiturs ändern zu wollen, sei "ein komplexes Thema", sagt Andrea Schwermer, im Sekretariat der KMK für die gymnasiale Oberstufe zuständig. So stünden etwa organisatorische Gründe beim Kurs-Angebot gegen flexible Modelle, zudem seien individuelle Prüfungszeiten und zentrale Prüfungsfragen kaum vereinbar. Noch schwerer wiegen aus ihrer Sicht fachlich-pädagogische Gründe. Die Abiturnote setze sich zu zwei Dritteln aus den Leistungen in den letzten beiden Jahren der Oberstufe zusammen. "Die Abiturprüfung ist somit nicht allein ausschlaggebend, aber in den Klausuren und der mündlichen Prüfung sollen die Jugendlichen ihr über zwei Jahre erworbenes Wissen und Können in einzelnen Fächern unter Beweis stellen", sagt Schwermer. Das Abitur habe einen ganz anderen Stellenwert, wenn alle Schülerinnen und Schüler zum selben Zeitpunkt zentral gestellte Aufgaben bearbeiten.

Alle schreiben in einem Raum dieselbe Klausur - Ilka Hoffmann, Mitglied des GEW-Vorstandes, schüttelt den Kopf über das Fest- >>>

zu bringen, egal zu welchem Zeit-

Unter anderem für Kinder mit Behinderungen oder für Jugendliche mit nicht deutscher Muttersprache könnte eine Fristverlängerung wichtig sein, glauben die Aktiven der Initiative "Abitur im eigenen Takt". Sie hat sich in Baden-Württemberg unter Federführung des Evangelischen Firstwald-Gymnasiums in Mössingen gegründet und arbeitet daran, die flexible Oberstufe Wirklichkeit werden zu lassen. Doch die Arbeit stagniert, weil politischer Rückhalt fehlt: Bisher hat kein Bundesland bei der KMK einen entsprechenden Modellver-



### Akutklinik für psychosomatische Medizin und Psychotherapie

- Depressive Erkrankungen
- Folgeerkrankungen von chronischer Stressbelastung wie "Burnout", Schlafstörungen, Bluthochdruck, Kopf- und Rückenschmerzen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Angst- und Panikstörungen
- Somatoforme Störungen
- Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen
- Essstörungen

### und individuell

Badstraße 28, D-88339 **Bad Waldsee** Tel.: +49 (0) 7524 990222 www.vincera-klinik-bad-waldsee.de







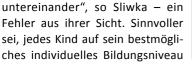
### Schüler, Lehrer, Wissenschaftler forschen für die Welt von morgen

Nachhaltigkeit – was ist das eigentlich? Durch gemeinsame Forschungsprojekte und einen alle zwei Jahre stattfindenden bundesweiten Kongress sollen Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen Einblick in aktuelle Nachhaltigkeitsforschung erhalten.

Lehrkräfte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einer Projektidee können sich bei der Stiftung um Fördergelder bewerben. Neugierig geworden? Weitere Informationen finden Sie unter

www.bosch-stiftung.de/ourcommonfuture





>>> halten an der "rituellen Prüfungsabnahme": "Es scheint, das Abendland würde sofort untergehen, wenn sich hier etwas ändert." Wie es anders gehen könnte, zeigt die GEW auf, die sich während ihres Gewerkschaftstages 2017 unter dem Motto "Bildung. Weiter denken!" zum Schulversuch einer flexiblen Oberstufe bekannt hat\*. Hoffmann ist überzeugt: Neue Formen wie die flexible Oberstufe würden nicht das Niveau senken, sondern Jugendlichen die Chance geben, ihren eigenen Weg zu finden.

So starten in der Sportschule Potsdam Schüler im ersten Jahr der Qualifikationsphase mit einigen abiturrelevanten Fächern und legen nach vier Halbjahren die Prüfungen ab. Die restlichen Fächer folgen ab dem vierten Halbjahr, so dass die letzte Abi-Klausur dann am Ende der 13. Klasse geschrieben wird. Diese Entzerrung helfe besonders in der für viele stressigen Frühjahrzeit,

sagt Evelyn Vollbrecht, Oberstufenkoordinatorin der Sportschule: "In vielen Sportarten laufen dann die wichtigen Qualifikationen."

Jürgen Stahl, in der GEW Baden-Württemberg und der Bundesfachgruppe Gymnasium aktiv, sieht einen pädagogischen Vorteil der Flex-Oberstufe: Werde ein Teil der Fächer schneller abgegeben, bliebe der Kopf frei für die weniger geliebten Stoffe - die dann richtig durchdrungen werden könnten. Damit klappt vielleicht, was Bildungswissenschaftlerin Sliwka sich erhofft: der Sprung vom Durchwursteln - "doing school" – zur Begeisterung für ein Fach. Schülerinnen und Schüler könnten je nach Niveau in verschiedene Kurse einsteigen, Lehrkräfte könnten sich auf bestimmte Themen konzentrieren: "Das macht sogar weniger Arbeit", antwortet Stahl auf die Kritik, die Flexibilität würde mehr Aufwand für die Schulen

bedeuten. Ein weiterer Vorteil der flexiblen Oberstufe: "Es lässt sich gut ein Auslandsaufenthalt unterbringen."

### Wie offen sind die Gymnasien?

Allerdings zog dieses Argument vor allem in den Jahren, in denen die meisten Bundesländer das Abitur nach der 12. Klasse verlangten. Inzwischen sind viele Länder wieder zu G9, sprich 13 Schuljahren, zurückgekehrt. "Das bringt natürlich eine Beruhigung in die Debatte", sagt Stahl. Darüber hinaus sieht er ein deutliches Streben der KMK nach Vereinheitlichung der Abiturprüfung.

Unausgesprochen steht hinter der Debatte um die Flex-Oberstufe die Frage, wie offen die Gymnasien sind. Joachim Geffers, Schriftleiter der "Hamburger Lehrerzeitung" (hlz), empört die "Kränkung der Hälfte aller Kinder, denen gesagt wird, sie seien nicht gut genug fürs Gymnasium". Er kämpft in Hamburg für die flexible Oberstufe, denn ein gegliedertes Schulsystem verfestige soziale Unterschiede, sagt Geffers. Das heute in der Hansestadt praktizierte Zwei-Säulen-Modell aus Stadtteilschule und Gymnasium sei "eher ein Brandbeschleuniger der Segregation" gewesen. Geffers wünscht sich eine Schule für alle; er sieht die Flex-Oberstufe als Schritt auf diesem Weg und verweist auf das Beispiel Finnland.

Dort erhalten rund 90 Prozent eines Jahrgangs das Abschlusszeugnis des "Lukio", einer Schulform ähnlich dem deutschen Gymnasium. In Deutschland haben 2016 rund 41 Prozent der Absolventen die Allgemeine und 11 Prozent die Fachhochschulreife erworben. Doch die Kritik, Deutschlands Zahlen seien zu niedrig, weist KMK-Fachfrau Schwermer zurück, schließlich stehe beim Abitur in Deutschland die Studierfähigkeit im Mittelpunkt. Daher "müssen die Qualitätsmaßstäbe eingehalten werden". So dürfte die flexible Oberstufe der Sportschule Potsdam vermutlich noch

lange einzigartig in Deutschland blei-

Esther Geißlinger, freie Journalistin

ben.

### "Warum nicht Gymnasium für alle?"

Jürgen Stahl von der GEW-Bundesfachgruppe Gymnasien sieht in der flexiblen Oberstufe ein Mittel für mehr Chancengleichheit.

**E&W:** Herr Stahl, hat die GEW ein ideologisches Problem mit dem Gymnasium und will es mit der Flex-Oberstufe abschaffen?

Jürgen Stahl: Die GEW hat mit jeder Schulart des gegliederten Systems ein Problem, schließlich will sie eine Schule für alle Kinder! Aber jenseits der Strukturdebatte setzen wir uns in der Fachgruppe Gymnasien für die Lehrkräfte und Schüler ein, die an den Gymnasien lehren und lernen. Warum soll es nicht irgendwann das Gymnasium für alle geben? Wir wollen es für breite Schichten öffnen. Daher fordern wir



Jürgen Stahl, Vorsitzender der Bundesfachgruppe Gymnasien der GEW

einen Modellversuch, um die flexible Oberstufe zu testen.

**E&W:** Würde das Abitur abgewertet, wenn die Frist verlängert wird?

**Stahl:** Die GEW steht für den hohen Leistungsstandard des Abiturs, aber wir wollen es vielen ermöglichen, diesen Standard zu erreichen. Es geht nicht darum, es leichter zu machen, aber auch wer mit schlechteren Bedingungen startet, soll es schaffen können – ohne Abstriche am Niveau, nur mit mehr Zeit.

**E&W:** Ist es überhaupt sinnvoll, so viele Jugendliche durchs Abitur zu schleusen? **Stahl:** Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei der Abiturquote zurück. Dabei brauchen wir mehr junge Menschen, die die anspruchsvollen Ausbildungen, die am Markt angeboten werden, erfolgreich bewältigen können. Immer mehr Berufe fordern akademische Bildung und die Fähigkeit, sich eigenständig Wissen anzueignen. Darauf muss die Schule vorbereiten. Zudem bedeutet ein Aussortieren aus dem Bildungssystem einen Dämpfer, der die Selbstwirksamkeit der Kinder schwächt und ihre Chancen auf einen spannenden Berufs- und Lebensweg mindert ...



# Lesen = Teilhabe

In Deutschland leben rund 6,2 Millionen Deutsch sprechende Erwachsene im Alter von 18 bis 64 Jahren, die allenfalls bis zur Ebene einfacher Sätze lesen und schreiben können. Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, dass in einem reichen Land wie Deutschland praktisch jede bzw. jeder Achte nicht wirklich lesen und den Sinn eines Textes verstehen kann. Dem muss entschlossener als bisher entgegengewirkt werden.

Woher kommen die Zahlen? Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Universität Hamburg haben die neue Grundbildungsstudie "LEO 2018 – Leben mit geringer Literalität" während der Jahreskonferenz AlphaDekade 2019 vorgestellt. Sie ist nach 2010 die zweite Studie dieser Art. Im Vergleich zur ersten ist der Prozentsatz der funktionalen Analphabet\*innen von 14,5 auf 12,1 Prozent gesunken. Das ist die gute Nachricht – es gibt Erfolge bei den Jüngeren. Da an der Studie aber nur Menschen teilgenommen haben, die auf die Interviewfragen antworten konnten, sind diejenigen nicht erfasst, deren deutsche Sprachkenntnisse dafür nicht ausreichen. Also müssen zu diesem Prozentsatz noch alle Menschen addiert werden, die in einer anderen Sprache zu Hause sind und noch nicht genug Deutsch können – das ist die schlechte Nachricht.

Gut ist, dass es diese Studien gibt, denn durch sie wurde die (bildungs)politische Öffentlichkeit erst darauf aufmerksam, wie hoch die Zahl der Erwachsenen ist, denen es an Lesekompetenz fehlt. Die GEW weist auf dieses Problem schon seit Jahren hin und kritisiert den Mangel an Gegenmaßnahmen.

Wir wissen: Diese Erwachsenen können ihren Kindern keine Geschichten vorlesen, sie können Formulare nicht sachgerecht ausfüllen, sie müssen sich bei der Arbeit verstecken, weil sie zum Beispiel Aufträge nicht bearbeiten oder Urlaubspläne nicht erstellen können. Ganz zu schweigen vom Lesen und Verstehen von Zeitungsartikeln oder Meldungen auf Social Media und der Möglichkeit, sich eigenständig Meinungen und Wissen zu erarbeiten. Wer nicht hinreichend lesen

kann, ist besonders häufig von Erwerbslosigkeit oder Arbeit im Niedriglohnsektor betroffen. Die Teilhabe an der Gesellschaft ist eingeschränkt. Auf der GEW-Herbstakademie der Weiterbildung im November 2013 hat die GEW das Thema "Grundbildung fördert Beteiligung" zum Thema gemacht.

Was ist bisher die Folge? Das BMBF hat mit einer Reihe von Partnerorganisationen, etwa der Kultusministerkonferenz, dem DGB, Arbeit und Leben sowie Volkshochschulen die AlphaDekade 2016-2026 ausgerufen. Ziel ist, ein Bewusstsein für Nöte der Menschen zu schaffen, Hürden abzubauen, damit diese an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen können. Das DGB-Bildungswerk hat das Projekt MENTO aufgelegt, in dem Kolleginnen und Kollegen zu Mentor\*innen für Grundbildung im Betrieb ausgebildet werden, um Menschen, die Probleme mit dem Lesen und Schreiben haben, zu unterstützen.

Das reicht aber nicht! Um diesen Erwachsenen das Leben zu erleichtern und ihnen eine Teilhabe am Arbeitsmarkt zu sichern, muss Weiterbildung insgesamt besser ausgestattet werden und vor allem auch Grundbildung umfassen. Dafür braucht es einen Schulterschluss von Bund, Ländern und Kommunen. Mit dem DGB setzen wir uns für flächendeckende Bildungsberatungsnetzwerke in Betrieben ein. "Lesen macht stark!" muss propagiert werden. Die Volkshochschulen sind mit den nötigen Ressourcen auszustatten.

Um zu verhindern, dass Menschen als Erwachsene nicht lesen können, muss Sprachförderung in der Kita beginnen. Dafür bedarf es Zeit und Fortbildung. Aber auch Schulen – vor allem in sozialen Brennpunkten – brauchen zusätzliche materielle Ressourcen, insbesondere Personal, Lesepaten, Sozialarbeiter\*innen, damit den Schüler\*innen die Schule als Leser\*innen verlassen. Nur so kann dem Analphabetismus effektiv entgegengewirkt werden.

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

# **Tatort Odenwaldschule**

// Über Jahrzehnte sind Schülerinnen und Schüler an der hessischen Odenwaldschule (OSO)
genötigt, vergewaltigt und emotional ausgebeutet worden. Die
Aufarbeitung dieser Verbrechen,
der sich zwei aktuelle Studien
widmen, ist auch eine Geschichte
des Versagens. //

Ihr versage die Stimme immer dann, erzählt Sabine P., wenn sie, die ehemalige Odenwaldschülerin, an die sexuelle Gewalt des Mathelehrers Jürgen K. im VW-Bus erinnert werde. Sabine P., von 1972 bis 1976 an der südhessischen Internatsschule, ist fast 60 Jahre alt. Trotzdem stecke sie noch ziemlich in der "Geschichte" drin. Ihr sei das für sie Schlimmste widerfahren, was einem Mädchen im Alter von knapp 13 Jahren passieren kann. Einer der Haupttäter, eben jener Jürgen

K., hatte sie in einer Nacht, die sie, gemeinsam mit anderen Schülern, in dessen VW-Bus auf einer Frankreichfahrt verbrachte, mehrmals sexuell bedrängt. Lehrer K. habe sich jahrelang "an Mädchen und Jungen vergriffen. Hauptsache, sie hatten noch keine Haare". Sabine P. ist ihrem Peiniger im Internat aus dem Weg gegangen, hat jeglichen Kontakt zu ihm abgelehnt, jahrzehntelang geschwiegen. Als sie sich schließlich einer Lehrerin anvertraute, sei nichts passiert. "Am Ende dachte ich, meine Wahrnehmung sei falsch." Bis 2010 hat sie damit gelebt.

### Zeugnisse der Betroffenen

Eine Quelle von unschätzbarem Wert seien die Zeugnisse der Betroffenen, so Prof. Heiner Keupp als er seine Studie "Die Odenwaldschule als Leuchtturm der Reformpädagogik und als Ort se-

xualisierter Gewalt"\* kürzlich auf einer Konferenz in Darmstadt vorstellte. Zu der Tagung hatte das Hessische Landesarchiv gemeinsam mit der "Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs" eingeladen. Auf der Tagesordnung: die Aufarbeitung monströser Taten - Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen in Ober-Hambach. Die Teil-Untersuchung des Wissenschaftlerteams der Uni München um den Psychologen Keupp, bereits Ende Februar veröffentlicht, basiert auf Interviews vor allem mit Betroffenen. "Die Odenwaldschule als Ort des Verbrechens sexuellen Missbrauchs ist bezeugt, belastbare Fakten sind über das Tätersystem dokumentiert", hält Prof. Jens Brachmann, Uni Rostock, fest. Autor der im Mai veröffentlichten zweiten Teil-Studie "Tatort Odenwaldschule"\*\*.



Anders als Keupp, dessen sozialpsychologische Befragung sich auf die Sicht und die Erfahrungen der Opfer fokussiert, konzentriert sich Brachmann auf die Institution und Organisation der Internatsschule sowie auf die Frage nach einem Tätersystem. Zirka 400 Meter Aktenmaterial (darunter Schülerlisten, Fotos, Videos, Sitzungsprotokolle) des Schularchivs haben die Rostocker Autoren durchforstet und ausgewertet. Ihr Fazit: Die pädosexuelle Gewalt an der Odenwaldschule sei Ausdruck eines "Systemversagens". Die Zahl der Opfer liegt nach Angaben der Forscher seit 1969 mindestens im mittleren, wenn nicht sogar im oberen dreistelligen Bereich. Das bedeute, vermutet Brachmann, dass 500 bis 900 Heranwachsende dem Druck eines Tätersystems ausgeliefert waren.

Und: Es gab Mitwisserschaft, passive wie aktive Unterstützung und strukturelle wie kulturelle Rahmenbedingungen, Machtstrukturen und persönliche Allianzen, die den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen über Jahrzehnte ermöglichten.

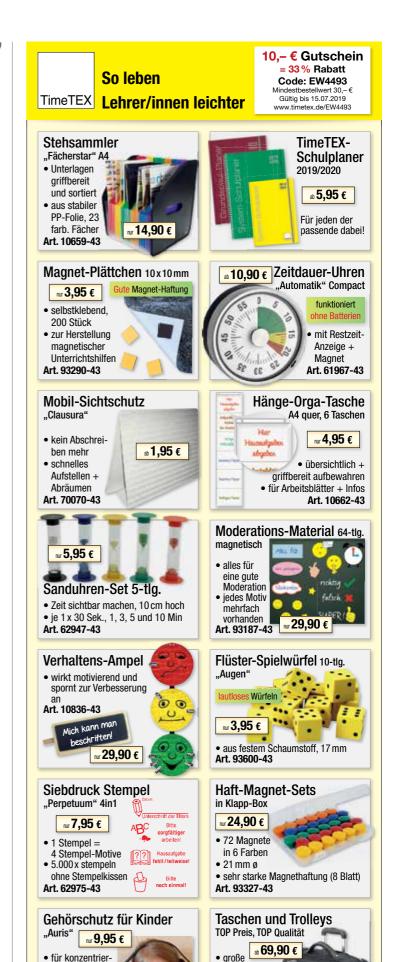
### Flankenschutz der Elite

Die Brachmann-Studie analysiert nicht nur Organisation und Struktur der Odenwaldschule, sondern gibt auch exemplarisch einen Einblick in "Tätersysteme" geschlossener Institutionen, gleich, ob es sich um Internate oder Heime handelt. Kindesmissbrauch in Institutionen, resümiert der Erziehungswissenschaftler, müsse als "systemischer Bankrott und als kriminelle Fehlleistung" der jeweils betroffenen Einrichtung angesehen werden. Durch Kooperation mit Mittätern und Mitwissenden und deren Schweigen und Vertuschen sei es Täterkollektiven gelungen, ein für ihre Übergriffe passendes Umfeld zu schaffen. Deshalb könnten die Gewaltverbrechen im Hambachtal nicht mehr einfach "personifiziert und damit historisiert" werden. hebt Brachmann hervor.

Über einen langen Zeitraum hinweg – das legt die Aufarbeitung der Forscher nahe – schützte ein "Schweigekartell" aus Teilen einer "linksliberalen Kulturelite", der Fachöffentlichkeit und der Medien das Tätersystem an der OSO.

Der Reformpädagoge Hartmut von Hentig war mit der Odenwaldschule nicht nur ideell verbunden. Viel stärker noch war er es durch die Person seines Lebensgefährten Gerold Becker. Becker war seit 1969 Lehrer an der OSO und von 1972 bis 1985 Schulleiter in Ober-Hambach, er verstarb 2010. Unter den Haupttätern der mehr als zwei Dutzend Täter – davon mindestens fünf Täterinnen - nimmt Becker eine Sonderrolle ein. Er war der Mittelpunkt eines Tätersystems. Mutmaßlich zählten laut Studie weit mehr als 100 Kinder und Jugendliche allein zu seinen Opfern. Becker war "Intensivtäter", nötigte die Schüler, bedrängte sie sexuell, schreckte vor Gewalt nicht zurück. Warum konnte das "System Becker" über einen so langen Zeitraum funktionieren? Becker kooperierte Brachmann zufolge einerseits mit neu an die Schule gelangten "pädophilen Lehrern aus jugendbewegten Kreisen". Zum anderen "eliminierte er jegliche Opposition im Kollegium". Macht und Einfluss sicherte er sich über Abhängigkeiten. Entstehen konnte das "System Becker", bilanzierten die Rostocker Forscher. durch den "Flankenschutz von Teilen der Kulturelite der alten Bundesrepublik" - vielen galt Becker als "Star am Pädagogen-Himmel".

1998 machte ein Artikel von Jörg Schindler in der Frankfurter Rundschau erstmals auf die Missbrauchsfälle an der OSO und den Täter Becker aufmerksam. Doch die Öffentlichkeit reagierte kaum auf die "Causa Becker"\*\*\*. Nur zwei Regionalzeitungen, eine war das "Darmstädter Echo", griffen den Skandal, über den FR-Redakteur Schindler berichtete, auf. "Es wurde immer die Institution geschützt, der gute Ruf der Schule stand über allem", kommentiert Ex-OSO-Schülerin Sabine P. Nach Beckers Ausscheiden 1985 sei das einstige reformpäda- >>>



Auswahl

· hochwertige

Materialien

· robust, mit

viel Platz

www.timetex.de • TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH • Tel. 09442 92209-0 · Fax -66

tes Arbeiten

· dämpft stören-

de Geräusche

(SNR 26 dB)

Art. 70055-43

>>> gogische Vorzeigeinternat "curricular, schulstrukturell und unterrichtsorganisatorisch verwahrlost" gewesen, stellt Brachmann fest. Doch erst ab 2010 (s. Kasten) sei die OSO "entmystifiziert" und als "manipulatives und kindesschädigendes System enthüllt" worden, konstatiert Keupp.

Teil des Tätersystems war das Familienkonzept der OSO: Die Schülerinnen und Schüler lebten mit ihrem Familienoberhaupt in Kleingruppen in abgeschlossenen Wohneinheiten. Diese Gemeinschaften boten Geborgenheit, zugleich begünstigten sie Grenzverletzungen im Lehrer-Schüler-Verhältnis, machten die Trennlinie zwischen Distanz und Nähe unscharf. "In manchen Familien", berichtet Keupp, sei "alles erlaubt gewesen". Unterstützt durch libertäre Ideen der 1968er sei unter Beckers Leitung ein "Raum der Regellosigkeit" entstanden. Dieser verschaffte den Tätern besseren Zugriff auf ihre Opfer. Die leiden bis heute unter den Übergriffen.

### Nest von Pädophilen

2010, nachdem der sexuelle Missbrauch am katholischen Canisius-Kolleg in Berlin aufflog, explodierte die Debatte über sexualisierte Gewalt an der Odenwaldschule. Zu spät sei der Öffentlichkeit klar geworden, dass es sich dort um ein Nest von Pädophilen gehandelt habe, berichteten Ende März 2019 auf der Darmstädter Tagung zur "Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs" Claudia Burgsmüller und Brigitte Tilmann. Die beiden Juristinnen waren 2010 von der damaligen OSO-Schulleiterin, Margarete Kaufmann, als Erste mit der Aufklärungsarbeit beauftragt worden. 2014 - parallel zum geplanten Forschungsbeginn der Teams von Prof. Heiner Keupp und Prof. Jens Brachmann - tauchten erneut Verdachtsfälle auf. Im Zuge dessen verlor die Schule dann nicht nur endgültig ihre Reputation, sondern musste nach Insolvenzantrag im Juni 2015 den Schulbetrieb einstellen.



**Prof. Jens Brachmann** 

Sabine P. verließ Ober-Hambach ohne Schulabschluss, genauso wie Max M., der seine Zeit an der Odenwaldschule – 1963 bis 1975 – als funktionaler Analphabet beendete. Er kam – aufgrund fehlender Kontrolle in einem regellosen System ab der 5. Klasse kaum mehr zum Unterricht, trank mit elf Jahren einen Kasten Bier in der Woche. "Ich hatte mehrere Täter und eine Täterin", sagt Max M. Und: Er sei nicht das "geliebte" Opfer gewesen, sondern eher "der Lückenbüßer, der durchgereicht worden ist - seit meinem elften, zwölften Lebensjahr". Wie er das alles ausgehalten hat? Der Suizid-Gedanke sei Teil seines Lebens. Er sei die "einzige Flucht", die er noch habe, wenn es nicht mehr auszuhalten wäre. Die Forscher kennen das Problem. Der ganze Aufarbeitungsprozess über die Odenwaldschule, so Brachmann, besitze eine hohe Dynamik. Betroffene seien zwar erleichtert darüber, dass er stattfindet. Doch die Forschungsergebnisse könnten die Schädigungen der Opfer nicht kompensieren. Das weiß auch der Opferverein Glasbrechen, der die Forscherteams von Anfang an - seit 2014 - bei ihrer Arbeit stark unterstützt hat.

Das Unrecht der Vergangenheit, resümiert die Vorsitzende der "Unabhängigen Aufarbeitungskommission zum sexuellen Kindesmissbrauch", Sabine Andresen, in Darmstadt habe Bedeutung für Gegenwart und Zukunft.

Zur Gegenwart gehört, dass 2017 laut polizeilicher Kriminalstatistik deutschlandweit rund 13.500 Kinder und Jugendliche als Opfer sexualisierter Gewalt und Ausbeutung registriert worden sind.



**Prof. Heiner Keupp** 

Fragen bleiben. Kann die Aufklärungsarbeit der Forscherteams Prävention und Schutz der Kinder künftig verbessern? Warum versagte die Erziehungswissenschaft 1998? Und warum danach? Setzte sie sich ausreichend mit der Rolle der reformpädagogischen Ikone von Hentigs auseinander? Warum haben staatliche Instrumente nicht gegriffen? Und warum ist die Schulaufsicht ihrer Kontrollfunktion nicht nachgekommen? Warum ließ sich die Fachöffentlichkeit von Pädagogen wie Becker, der wie andere OSO-Täter kein Lehrerexamen hatte, blenden? Warum haben Eltern weggeschaut und ihren Kindern nicht geglaubt? Nicht zuletzt die Frage, die der Erziehungswissenschaftler Prof. Jürgen Oelkers aufwirft: Inwieweit seien reformpädagogische Ideen konstitutiv für die sexuelle Gewalt an der Odenwaldschule?

Helga Haas-Rietschel, Redakteurin der E&W

\*Keupp, Mosser, Busch, Hackenschmied, Straus: "Die Odenwaldschule als Leuchtturm der Reformpädagogik und als Ort sexualisierter Gewalt". Springer-Verlag 2019

\*\*Jens Brachmann: "Tatort Odenwaldschule". Das Tätersystem und die diskursive Praxis der Aufarbeitung von Vorkommnissen sexualisierter Gewalt. Klinkhardt Verlag 2019

\*\*\* Näheres zum Schweigekartell einer linksliberalen Kulturelite s. Brachmann-Studie

# Gute Räume für gute Bildung

// Zum Auftakt des Aktionszeitraums "lerntRÄUME gestalten" zum Thema "Investitionsstau bei Bildungsgebäuden" untermauerte die GEW ihren Appell an die Politik: Mehr Geld ist notwendig. //

ten", so Tepes ernüchterndes Fazit. Das wüssten inzwischen nahezu alle Bürgerinnen und Bürger; sie erwarteten, dass die Politik mehr Geld bereitstelle.

"Wenn Lernen und die Auseinandersetzung mit herausfordernden Aufgaben gelingen soll, dann brauchen Lehrkräfte dafür gute Lernräume." So begrüßte Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW, Anfang Mai Ver-Bildung. Weiter denken! treterinnen und Vertreter der Fraktionen des Bundestages zum parlamentarischen Frühstück. Diese Voraussetzung sei derzeit jedoch nicht gewährleistet, kritisierte Tepe. Neben baulichen Mängeln ließen vor allem die hygienischen Bedingungen in den Schulen zu wünschen übrig. Häufig werde die

Gebäudereinigung in die Hände privater Subunternehmen gelegt. Für die Reinigungskräfte bedeute dies: prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit viel zu wenig Zeit für ihre Arbeit. Seit nahezu 20 Jahren werde zu wenig in die Gebäude von Kitas, Schulen und Hochschulen investiert. Die Folgen seien gravierend: "Schultoiletten stinken, Putz bröckelt von den Wänden, Schimmel befällt Räume, sogar der letzte Kartenraum wird zum Klassen- oder Arbeitsraum umfunktioniert. Bauphasen dauern unnötig lange oder lassen auf sich war-

# MARLIS TEPE

Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe mahnt mehr Investitionen in gute Lernräume an.

### Finanzbedarf in Milliardenhöhe

Die hohe Unzufriedenheit mit dem baulichen und räumlichen Zustand der Bildungseinrichtungen, wie sie auch in aktuellen GEW-Umfragen\* zum Ausdruck kommt, spiegelt sich in Untersuchungen zum Investitions- und Sanierungsstau zur Gebäudeinfrastruktur im Schulbereich wider. Laut Kai Eicker-Wolf, Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik beim DGB Hessen-Thüringen und Referent für Finanzpolitik der GEW Hessen, ist der Finanzbedarf nach dem Kommunalpanel der Kreditanstalt für

Wiederaufbau (KfW) in den Schulen und in der Erwachsenenbildung von 22 Milliarden Euro im Jahr 2012 auf 48 Milliarden Euro im Jahr 2017 gestiegen.

Der Teufel steckt allerdings im Detail. So werden seit den 1980er-Jahren vermehrt Ausgliederungen aus den Kernhaushalten auf private Rechtsträger unternommen, um beispielsweise den Arbeits- und Entlohnungsstrukturen des öffentlichen Dienstes zu entfliehen. Dies ist unter anderem der Fall, wenn Schulsanierungen in die Hände privater Wohnungsbaugesellschaften gelegt werden. Da für diese Ausgliederungen häufig keine validen Zahlen verfügbar sind, fehlt eine verlässliche Datenbasis. Eine Herausforderung sind zudem die großen regionalen Unterschiede, die bei den Finanzierungsbedarfen beachtet werden müssen. So ist der Nachholbedarf in Nordrhein-Westfalen und im Saarland ungleich höher als in Bayern oder Baden-Württemberg.

Um Investitionen präziser zu ermitteln, seien daher mehr qualitative Daten notwendig, machte Eicker-Wolf deutlich: "Im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse sollten verbindliche und einheitliche objektive Indikatoren für Schulgebäude aufgestellt und deren Erfüllung je Schule jährlich auf einer Skala von 0 bis 10 ermittelt werden. Die Ergebnisse sollten mit den Schülerinnen- und Schülerzahlen gewichtet und auf Landesebene ermittelt und verglichen werden."

"Es darf nicht sein, dass Kinder in einer Stadt mit hoher Arbeitslosigkeit und hohen Sozialausgaben in schlechter ausgestattete Schulen gehen", appellierte Tepe an die Mitglieder des Bundestages im Paul-Löbe-Haus. "Wir fordern, dass die Bundesregierung im Schulterschluss mit Ländern und Kommunen Bildung besser ausgestaltet. Dabei kommt es auch darauf an, für gleiche Lernbedingungen zu sorgen."

Till Mischko.

Praktikant beim GEW-Hauptvorstand

Link zur Studie: www.gew.de/Studie-Gebaeude



# Digitalpakt: Geld allein genügt nicht

// Die Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern über den fünf Milliarden Euro schweren "Digitalpakt Schule" galten vielen Kritikern als weiterer Beleg für die unzureichende Innovations- und Reformfähigkeit des deutschen Föderalismus. Die Digitalisierung des Bildungswesens ist jedoch nicht allein eine Frage entsprechender Infrastrukturen. Für das dringend benötigte Personal sind nun mehr denn je Länder und Kommunen gefordert! Ein Gastbeitrag von Henrik **Scheller vom Deutschen Institut** für Urbanistik (Difu). //

Keine Frage: Länder wie die Bundesrepublik müssen in Köpfe, Technologien und Dienstleistungsorientierung investieren. Und dies umso mehr, da die Schwächen des deutschen Bildungssystems seit Jahrzehnten hinlänglich bekannt sind. Neben der grundlegenden Achillesferse - dem Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und individuellem Bildungserfolg - sind dies ganz handfeste monetäre Investitionsdefizite. Nach aktuellen Berechnungen des Difu betrug der Investitionsstau 2018 allein im Bereich Schulen 42.8 Milliarden Euro, plus 7,5 bzw. 8,8 Milliarden Euro in den Bereichen Kinderbetreuung sowie Sportstätten und Bäder.

Hier wird die ganze Ambivalenz der vom Bund zugesagten Digitalpakt-Milliarden erkennbar: Einerseits fehlt den Kommunen an allen Ecken und Enden das Geld für notwendige Schulsanierungen. Andererseits sind fünf Milliarden Euro über fünf Jahre für eine Technologie mit extrem kurzen Innovationszyklen, hohen Folgekosten und komplexen technischen und datenschutzrechtlichen Anforderungen letztlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn ausgehend von den rund 40.000 Schulen in Deutschland bleiben nach Angaben des Bundesbildungsministeriums, das sogar einen zusätzlichen Eigenanteil der Länder in Höhe von 500 Millionen Euro mit einberechnet, für jede einzelne Schule nur rund 137.000 Euro.\* Nicht viel. bedenkt man. dass etwa das Land Nordrhein-Westfalen bis zu 300.000 Euro pro Schule allein für einen Breitband-Anschluss ans Glasfasernetz veranschlagt.

Es ist allerdings nicht nur die Diskrepanz zwischen Investitionsbedarfen und zur Verfügung gestellten Ressourcen. Es ist vor allem das Problem, dass mit Investitionen in Infrastruktur und Technologie allein noch keine "digitale Wende" geschafft wird: Als Mittel zum Zweck bedarf die Digitalisierung des Bildungswesens angesichts der sozialen und technologischen Tragweite einer umfassenden pädagogisch-konzeptionellen Einbettung. Diese wird immer von Menschen gelebt und professionell vermittelt - nichts, das sich einfach mit mehreren Klassensätzen Tablets pro Schule, einzelnen Fortbildungsmaßnahmen und Appellen zu mehr digitaler Offenheit realisieren ließe. Vielmehr braucht es eine Aufstockung des Personals: neben qualifizierten Lehrkräften in erheblichem Maß auch IT-Fachleute und Menschen mit rechtlichem Sach-

So gesehen ist der Streit über den Digitalpakt eben nicht nur Ausfluss gekränkter Länder-Eitelkeiten. Zwar stellen die vielen Investitionsprogramme des Bundes - vom Kita-Ausbau über die Hochschulpakte bis zum Koordinatorenprogramm zur kommunalen Flüchtlingsintegration - immer auch einen Eingriff in die Kulturhoheit der Länder dar. Das eigentliche Problem liegt aber tiefer und wird auch von den Ländern meist nur unzureichend kommuniziert: Mit seinen Finanzprogrammen darf der Bund nur bauliche und technische Investitionen fördern. Eine "digitale Personaloffensive" im Bildungswesen können dagegen nur Länder und Kommunen finanzieren, da ihnen die Personalhoheit obliegt. Um sie dazu in großem Maßstab und dauerhaft zu befähigen, braucht es eine aufgabengerechte Neujustierung des gesamtstaatlichen Steueraufkommens. Die Finanzverfassung sieht hierfür eigentlich einen eigenen Mechanismus vor. Dieser wird jedoch seit Jahren nicht genutzt. Stattdessen erschallt bei jeder Aufgabe, die Länder und Kommunen zusätzlich und verstärkt erfüllen sollen, der Ruf nach zusätzlichen Mitteln des Bundes.

### Ruf nach mehr Föderalismus

Angesichts der Vielzahl befristeter Programme sowie allgemeiner Personalengpässe haben Länder und Kommunen jedoch immer häufiger Schwierigkeiten mit der fristgerechten Abwicklung der Fördervorhaben. Und mit Blick auf die Digitalisierung der Schulen ergibt sich beispielsweise die paradoxe Situation, dass Mittel des Digitalpakts eigentlich nur Sachinvestitionen in computertechnische Hardware sowie die Vernetzung innerhalb der Schulgebäude abdecken. Eine mögliche Anbindung von Schulen ans Glasfasernetz soll dagegen aus Mitteln der seit 2017 laufenden Offensive "Digitales Klassenzimmer" des Bundesverkehrsministeriums erfolgen.

Programme wie der Digitalpakt mögen für Länder und Kommunen eine kurzzeitige haushalterische Entlastungswir-

kung entfalten. Zu einer nachhaltigen Finanzierung des Bildungswesens tragen sie jedoch nicht bei. Neben baufachlichen Bestands- und Bedarfsanalysen fehlt es diesen Programmen vor allem an einer didaktisch-konzeptionellen Einbettung, flankiert durch entsprechende Personalkapazitäten. Und so ist der Ruf nach mehr Föderalismus das eigentliche Gebot der Stunde. Viele schulische Angelegenheiten lassen sich - entsprechend der spezifischen Gegebenheiten - nur vor Ort lösen. Subsidiarität im besten Sinne funktioniert nur dann im Interesse von Lernenden und Lehrenden, wenn die finanzielle Grundausstattung der Kommunen bzw. der einzelnen Bildungsträger deutlich angehoben und verstetigt wird - gerade, um die drängende Personalfrage zu klären.

Wie die Mittel konkret bemessen werden, muss stets von den pädagogischkonzeptionellen Erfordernissen her gedacht werden. Für derartig begründete Bedarfsanalysen ist auch in föderalen Mehrebenensystemen mit geteilten Zuständigkeiten eine verstärkte Koordination zwischen Bund, Ländern und Gemeinden notwendig. Für die konkrete Umsetzung notwendiger Neuerungen im Bildungswesen braucht es deshalb die verstärkte Zusammenarbeit von Bildungs- und Finanzpolitikern.

Henrik Scheller, Teamleiter Wirtschaft und Finanzen. Deutsches Institut für Urbanistik

\*bit.ly/bmbf-digitalpakt-schule

Beamtendarlehen 10.000 € -120.000 € Vorteilszins für den öffent. Dienst

Umschuldung: Raten bis 50% senken Baufinanzierungen echt günstig

ı 0800 **-** 1000 500

Seit über 40 Jahren.



**NEUER** exklusiver Beamtenkredit echter Vorteilszins

- Unser bester Zins aller Zeiten Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50 Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Soll: Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484. € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität. offektiver Jahreszins

SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering! Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen





## Werden auch Sie zum Helfer!

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft | IBAN: DE26 5502 0500 4000 8000 20 | BIC: BFSWDE33MNZ German Doctors e.V. | Löbestr. 1a | 53173 Bonn | info@german-doctors.de | www.german-doctors.de



# Öffentlicher Dienst in Polen erodiert

// In Polen streikten im April 600.000 Lehrerinnen und Lehrer. Dahinter steckt ein tiefgreifendes Problem: Während die Wirtschaft blüht, verkümmert der öffentliche Dienst. //

Abschlussprüfung der 15-Jährigen in den polnischen Schulen. Die Noten entscheiden über die begrenzten Plätze in den besten Lyzeen und Berufsschulen. Jedes Jahr wieder bringt die Prüfung Monate zwischen Hoffen, Lernstress und Bangen. In diesem Jahr bangten die Schüler – und mit ihnen Eltern und eine ganze Gesellschaft - allerdings, ob die Prüfungen überhaupt stattfinden. Am 8. April hatten die polnischen Lehrkräfte einen landesweiten Streik ausgerufen. 600.000 Lehrerinnen und Lehrer streikten, in fast 70 Prozent aller Schulen in ganz Polen fiel der Unterricht aus.

### Im öffentlichen Sektor rumort es

Einer der Streikenden war Dariusz Martynowicz, ein Lehrer aus Kraków. Kürzlich hat der 35-jährige Pädagoge die höchste Gehaltsstufe erreicht. Das bedeutet in seinem Fall: 700 Euro netto und keinerlei Aufstiegsmöglichkeiten mehr. "Jede Gehaltsabrechnung ist wie ein Schlag ins Gesicht", erklärte er in einem Interview mit dem Fernsehsender TVN. Die zentrale Forderung der Lehrkräfte war deshalb eine Gehaltserhöhung um 1.000 złoty (= 233 Euro), die Regierung bot lediglich die Hälfte an. Dass es hier tatsächlich Verhandlungsbedarf gibt, zeigt der Vergleich mit Westeuropa: Anders als etwa in Deutschland liegt das durchschnittliche Bruttogehalt für Lehrkräfte in Polen mit umgerechnet 750 Euro weit unter dem nationalen Durchschnittseinkommen von 1.100 Euro.

Der Ursprung für das Einkommensgefälle zwischen den Professionen liegt am



historisch bedingten niedrigen Prestige intellektueller Berufe im sozialistischen Polen. Inzwischen haben sich die Rahmenbedingungen zwar geändert, doch während die Einkommen beispielsweise von Schweißern rasant stiegen, stagnieren die der Lehrkräfte nach wie vor. In den vergangenen zehn Jahren sind deren Reallöhne sogar gesunken, große Sprünge in den Tarifverhandlungen gab es seit dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) nicht. Martynowicz formulierte es so: "Was ist bloß los in einem Land, in dem man im Supermarkt und im McDonald's besser verdient als in der Schule?"

Wie in vielen osteuropäischen Staaten erreicht der wachsende Wohlstand breite Gesellschaftsgruppen im Land nicht. Zu diesen gehört der öffentliche Dienst, der nicht von der europäischen Arbeitsteilung von Unternehmen wie VW und BMW oder von ausländischen Investitionen profitiert. Zwar haben Umstrukturierungen und Arbeitsplatz-

abbau in den 1990er-Jahren die Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor nicht gefährdet. Die postsozialistischen Regierungen haben aber mit der Austeritätspolitik, die die EU verordnet hat, die Einkommen dieser Branche auf Jahrzehnte gedeckelt und die Arbeitsqualität verkommen lassen. Folge: Die Zahl der Streiks im öffentlichen Sektor ist gestiegen. Laut Martynowicz geht es bei diesen Protesten nicht nur um höhere Einkommen. Es mangelt in Polen vor allem an politischer und gesellschaftlicher Anerkennung des Lehrerberufs wie aller anderen Tätigkeiten im öffentlichen Sektor. Populistische Regierungspolitiker diffamieren Angestellte des öffentlichen Dienstes immer wieder als Faulpelze. In unzähligen Internetforen wollte man die streikenden Pädagoginnen und Pädagogen am liebsten an den Supermarktkassen arbeiten sehen. wo sie "das echte Leben kennenlernen" könnten. Diese "authentische" Erfahrung machen übrigens bereits viele

Lehrerinnen und Lehrer, die nach dem Unterricht einen Nebenjob ausüben müssen.

### Streik als Politikum

Ein wesentlicher Kampfplatz im Streik der Lehrkräfte waren die Medien. Während die Regierungsmedien keine Möglichkeit ungenutzt ließen, die angebliche Unbescheidenheit der Forderungen der Pädagoginnen und Pädagogen anzuprangern, standen gewerkschaftskritische liberale Zeitungen wie die Gazeta Wyborcza hinter dem Streik. Hier wird eine Besonderheit von Streiks im öffentlichen Dienst Polens sichtbar: ihre Anfälligkeit für Politisierung, zu dem auch der sogenannte konfliktreiche Pluralismus der miteinander konkurrierenden Gewerkschaften beiträgt. An der Basis wird das mit Unverständnis zur Kenntnis genommen. So führte ein Scheinabkommen, das die regierungsnahe Solidarność mit der Regierung noch vor Streikbeginn ausgehandelt hatte, dazu, dass viele verärgerte Lehrerinnen und Lehrer aus der Gewerkschaft austraten.

Der Streik der polnischen Pädagogen war aber noch in anderer Hinsicht politisch. Die Streikenden kritisierten die Bildungsreform von 2017, mit der die PiS-Regierung die Gymnasien abgeschafft hat. Sie fühlen sich von der polemisierenden Bildungsministerin Anna Zalewska, die mit Zahlenspielen die Gehälter der Lehrkräfte schönrechnet, schlecht vertreten. Sie haben auch etwas gegen die Klientelpolitik der PiS-Regierung, deren Zielgruppe die Lehrerschaft genauso wenig ist wie einst Angestellte, die in der kommunistischen Partei waren.

Die Propaganda der PiS-Partei zeigte Wirkung. Leider ist es den Lehrkräften deshalb nicht gelungen, die Öffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen. Schülerinnen und Schüler solidarisierten sich nur mit wenigen Aktionen mit den Pädagogen. Der Streik dauerte drei

Wochen - bis Ende April. Beendet ist er nur vorerst, wie der Vorsitzende der Gewerkschaft der polnischen Lehrerschaft ZNP, Slawomir Broniarz, wissen ließ: "Wir legen die Waffen nicht nieder. Wir beenden nur die erste Protestrunde." Mit Beginn des neuen Schuljahres im September werde man die Streiks wieder aufnehmen, so Broniarz weiter. Die Lohnerhöhung sei nicht vom Tisch. Auch setzten sich die Lehrerinnen und Lehrer weiter für eine allgemeine Reform des polnischen Schulwesens ein. Auf Bewegung im Sommer ist zu hoffen. Denn wenn Lehrkräfte künftig der besseren Löhne wegen zu McDonald's wechseln, untergräbt dies das Bildungswesen und die öffentliche Verwaltung Polens weiter.

Peter Wegenschimmel, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Vorstandsmitglied der Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Bayern



# *TravelMate* X5 Federleicht und leistungsstark.

- Windows 10 Pro (64-Bit)
- Bis zu Intel® Core™ i7 Prozessor der 8. Generation
- Federleichtes Gewicht von nur 980 Gramm
- Komplett dockingfähig USB Type-C
- Hintergrundbeleuchtete Tastatur
- Fingerprintsensor







# Eine neue Idee von Europa

// Am 26. Mai fanden in Deutschland die Wahlen zum Europaparlament statt. Die GEW hatte zuvor eine Konferenz organisiert und über den Wahltermin hinausblickend gefragt: Wie kann man Europa besser machen? //

Auf kaum einem anderen Feld ist die Europäische Union (EU) so erfolgreich durcheuropäisiert wie auf dem von Bildung und Wissenschaft. Das wurde während einer Konferenz der GEW besonders deutlich. Unter dem Titel "Bildung und Europa - Traum oder Wirklichkeit?" hatte diese Anfang Mai Experten und Parteienvertreter nach Berlin geladen. Es ging dabei auch darum, ein politisches Signal gegen nationalistische Töne und Tendenzen in Europa zu senden. Die SPD-Spitzenkandidatin Katarina Barley merkte denn auch zur Begrüßung an: "Ich freue mich, dass die GEW das Thema Europa ganz nach oben setzt." (s. auch E&W-Europa-Schwerpunkt 5/2019).

Der GEW-Hochschulexperte Andreas Keller zählte gleich mehrere gute europäische Projekte auf: die gemeinsame Forschungsförderung, den Europäischen Qualifikationsrahmen, das Austauschprogramm Erasmus. "Aber", kritisierte der stellvertretende GEW- Vorsitzende, "auch in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik gilt das Diktum der Employability, die Ausrichtung an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes." Kann die EU also nur neoliberal oder können die Weichen in Brüssel und Straßburg auch in Richtung eines anderen Bildungsbegriffs gestellt werden, der Teilhabe ermöglicht und Persönlichkeit fördert? Das gilt es auszuloten. Am Bologna-Prozess etwa\*. 20 Jahre ist es her, dass 29 europäische Bildungsminister eine Erklärung im italienischen Bologna unterzeichneten. Sie verpflichteten sich darin, ein System zweistufiger Abschlüsse einzuführen sowie ein dazu passendes Leistungspunktesystem. Das Ziel: größtmögliche Mobilität im Dienste von Beschäftigungsfähigkeit und in-

### **Großbaustelle Bologna**

ternationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Inzwischen umfasst der Bologna-Raum 47 Staaten und reicht weit über die EU hinaus. Ein Zeichen, wie attraktiv Bologna ist. Im deutschsprachigen Raum war das lange Zeit nicht der Fall: Gegen die Bologna-Reform gingen die Studierenden auf die Straße, geißelten Verschulung und steigende Arbeitsbelastung. Auch er habe als Student viel Zeit in die Anti-Bologna-Proteste gesteckt, gestand der Schweizer Gewerkschafts-

sekretär Franz-Dominik Imhoff, der den Prozess im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung wissenschaftlich untersucht hat. Inzwischen ist er milder gestimmt: Bologna ähnle einer Großbaustelle, auf der zugleich renoviert und neu gebaut wird, meinte er. Aber weil es eben eher wie auf einer Baustelle zugehe und Bologna kein Top-Down-Prozess sei, "gibt es Möglichkeiten der Einflussnahme". Die Mobilität funktioniere, doch die Chance, im Zuge von Bologna auch die Curricula zu erneuern, sei vertan worden, so das Fazit von Ulrich Grothus. Der ehemalige Vize-Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) erhoffte sich frische Impulse von einer Idee, die auch der französische Präsident Emmanuel Macron in seiner Sorbonne-Rede erwähnte: Europäische Universitäten\*\*. Auf dem Campus einer Europäischen Uni studieren die Studierenden nach europäischen Lehrplänen und zwar mindestens zweisprachig, skizzierte Grothus ein Programm, das die Kommission in diesem Jahr zum ersten Mal ausgeschrieben hat. Eine Art europäische Eliteuni also? Nein, stellte Grothus klar. Vielmehr gehe es um Kooperationen zwischen Hochschulen. Die GEW wüsste Grothus gern hinter sich. Wenn es darum gehe, Anreize für bessere Zusammenarbeit und ein europäisches Curriculum zu setzen, könne man darüber reden, meinte Keller.

FDP-Spitzenkandidatin Nicola Beer und Erik Marquardt (Grüne) forderten, dass die EU auch verstärkt den Austausch von Azubis und Schülern fördern müsse. Beer schlug ein europäisches Stipendienprogramm analog zum Deutschlandstipendium vor: Unternehmen steuern die Hälfte der Stipendiensumme bei und dürfen mitbestimmen, für welche Fächer dieses Stipendium gelte. Das ging Marquardt jedoch zu weit: "Statt Unternehmen wie Google um Stipendien zu bitten, sollte man sie lieber ordentlich besteuern."

Dass es nicht ausreicht, wenn sich die EU vor allem darum kümmert, den Menschen zu ermöglichen, grenzenlos zu arbeiten und zu studieren, macht das Beispiel Großbritannien deutlich. Die Briten haben enorm von europäischen Forschungsgeldern profitiert, rund 14 Prozent der Gesamtsumme

gehen derzeit ins Vereinigte Königreich. Und doch schickt sich dieses gerade an, aus der EU auszutreten. Eva Hartmann, Hochschuldozentin an der Universität Cambridge, stellte dar, wie sich die britischen Hochschulen auf den Brexit vorbereiten. Die Arbeitsbedingungen für Mitarbeitende verschlechterten sich bereits, die Hochschulen müssten kürzen, so Hartmann.

### Noch mehr Vermarktung?

Eine Post-Brexit-Strategie der Regierung sieht nun vor, Bildung viel stärker als bisher zu vermarkten. "Nach dem Motto: Wir verkaufen das Hochschulstudium, wo wir können", sagte Hartmann und fragte: "Können die Hochschulen dann noch echte Probleme wie den Klimawandel priorisieren?" Die Polarisierung und die toxische Ungleichheit innerhalb der EU setzten politische Systeme unter enormen Druck, warnte die Wissenschaftlerin. Es brauche mehr Ausgleich und Vermittlung.

Immerhin, der Etat des Erasmus-Programms ist gesichert – mit oder ohne Deal. Das konnte Martina Michels, die als Linke im Europaparlament sitzt, aus dem Bildungsausschuss vermelden. Aber damit sei es nicht getan. "Wir müssen in Europa grundsätzlich darüber diskutieren, was ist gute Bildung, und dafür sorgen, dass nicht nur die Verwertbarkeit im Vordergrund steht", so Michels.

Das sieht auch Hochschulexperte Keller so. Er forderte einen Kurswechsel im Bologna-System. Aus Sicht der GEW gehe es nun darum, "dass möglichst viele Abgeordnete im neuen EU-Parlament Bildung als Grundrecht sehen".

Anna Lehmann, taz-Redakteurin

\*Bologna-Erklärung:

bit.ly/bologna-erklaerung1999-pdf

\*\*Europäische Universitäten:

bit.ly/european-universities-initiative



### Schlemmerreise mit der MS Classic Lady

Masuren und Danzig

7-tägige Schiffsreise - 07.09.-13.09.2019 und 09.10. bis 15.10.2019









In Masuren erwartet Sie die Besatzung der MS Classic Lady zu einer kleinen Kreuzfahrt und einer Schlemmerreise durch die "alte ostpreußische Küche". Während Sie Masuren von der Wasser- und von der Landseite her erkunden, erleben Sie unberührte Naturlandschaften und die Sehenswürdigkeiten einer mehr als 700jährigen Geschichte. Nach dem Besuch Masurens bilden die imposante Festungsanlage der Marienburg und die alte Hansestadt Danzig den krönenden Abschluss der Reise.

### Das beinhaltet unsere Reise

- 4 x Übernachtung auf dem Schiff
- 2 x Übernachtung in Danzig im 3-Sterne Hotel
- 6 x Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- > 2 x Mittagessen auf dem Schiff
- Transfers und Ausflüge mit örtlichem Reisebus ab Warschau bis Danzig
- Eintritte und Besichtigungen laut Programm

### Wunschleistungen

Ausflug (nur vor Reiseantritt buchbar)

- > Oliva und Zoppot € 28,-
- Fluganreise mit LOT oder LH von DUS,
   FRA, oder MUC nach Warschau und zurück ab Danzig € 330,- (andere Flughäfen auf Anfrage)
- Bahnfahrten (2.Klasse) Berlin-Warschau und Danzig-Berlin € 140,-



// Die Onlineplattform "aula" soll seit 2016 helfen, die Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern zu fördern. Bislang fällt die Bilanz gemischt aus. Ein Besuch in Hamburg Ende März. //

Worüber die Schülerinnen und Schüler abstimmen könnten? Katharina, 18 Jahre, denkt an die Abi-Fete im kommenden Jahr. Offen sei, "wo wir feiern". Nikola, ebenfalls 18, hat eine andere Idee: "Ich würde über den Unterricht von einigen Lehrern diskutieren." Er wünscht sich, dass sich der Spanisch-Unterricht mehr auf das Sprechen bezieht, "weniger auf Grammatik".

Katharina und Nikola besuchen die Stadtteilschule am Hafen in Hamburg-St. Pauli. Sie gehören zum Administratorenteam, das sich um die Verwaltung der Onlineplattform "aula" kümmert. Das kostenlose Angebot soll helfen, die Schüler-Mitbestimmung zu verbessern.

Wer sich einloggt, kann Ideen zur Verbesserung der Schule formulieren. Anschließend stimmen die Schülerinnen und Schüler online über die Vorschläge ab. Der Clou: Wenn eine Idee mindestens 51 Prozent Zustimmung erhalten habe, "dann muss sich die Schulleitung damit befassen". Anschließend setze man zumindest einige Vorschläge um, erklärt Daniel Kopka, 39, Lehrer für Politik-Gesellschaft-Wirtschaft an der Stadtteilschule.

### **Beteiligung per Smartphone**

Zweite Etage, EDV-Raum. Angeleitet von Kopka versuchen die Administratoren, Schülerlisten hochzuladen, Passwort-übersichten auszudrucken, Probe-Vorschläge in die "aula"-Maske einzugeben. Jetzt läuft die aktuelle Version. Dann lässt sich die Mitbestimmungsplattform auch per Smartphone aufrufen. Ideen posten, diskutieren, abstimmen – all das geht dann auch mobil.

"aula" ist ein Projekt des Berliner Vereins politik-digital e. V., die Bundeszentrale für politische Bildung förderte die Entwicklung. Mädchen und Jungen ab 11 Jahren sollten damit lernen, "Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungen zu treffen und Kompromisse zu schließen". So formuliert es Marina Weisband, ehemals politische Geschäftsführerin der Piratenpartei, jetzt Projektleiterin bei politik-digital.

Schulforscher wie Professor Peter Fauser von der Uni Jena, heute im Ruhestand, fordern: Zur politischen Bildung gehört, dass Schülerinnen und Schüler erleben, wie sich Demokratie anfühlt, wie anstrengend Diskussionen sind, wie schmerzhaft Kompromisse sein können (s. E&W 4/2018, Schwerpunkt "Politische Bildung"). "Wir halten 'aula' für einen sehr guten Ansatz, um die Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern in der ganzen Schule zu implementieren", lobt Christian Welniak,

Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik. Die jungen Leute hätten die Möglichkeit, "ihr Anliegen zu formulieren und in einen strukturierten Prozess einzubringen".

Und was sagt das Hamburger Administratorenteam? "aula" sorge dafür, "dass wir schneller zum Ergebnis kommen", findet Dilara, 18. Nikola gefällt, dass die Teilnehmenden anonym abstimmen. "Man behält seine Privatsphäre, obwohl man sich in der Schule beteiligt." Ayse, 17, sieht das ähnlich. Sie habe bei Schülerversammlungen die Erfahrung gemacht, "dass sich manche nicht trauen, was zu sagen".

Die zweijährige Pilotphase von "aula", per PC und Laptop, begann 2016. Bundesweit nahmen vier Schulen teil, darunter die Pestalozzi-Realschule in Freiburg/Breisgau. Dort habe es im ersten Jahr lediglich ein Vorschlag geschafft, alle Phasen zu durchlaufen und umgesetzt zu werden. Das berichtet Dejan Mihajlovic, der an der Pestalozzi-Realschule Chemie, Ethik und Geschichte unterrichtet. "Junge Menschen beteiligen sich nicht automatisch, wenn man ihnen ein großes und ernstes Angebot zur Partizipation macht", erklärt der Pädagoge, der auch als Fachberater für Schulentwicklung und Blogger tätig ist. "Demokratie muss gelernt werden." Im zweiten Jahr lief es besser. Zwei Ideen wurden umgesetzt: Monatlich gibt es an der Schule nun einen Tag, an dem in allen Fächern das Smartphone genutzt wird. Außerdem hat die Schule einen Snack-Automaten aufstellen lassen, finanziert über Spenden.

Auch die Stadtteilschule am Hafen beteiligte sich am ersten Durchlauf von "aula". Mit gemischtem Erfolg, wie Schulleiterin Bianca Thies erklärt. Für viele der Schülerinnen und Schüler gelte: "Eigene Interessen zu formulieren, politisch aktiv zu werden, das lebt mir zu Hause niemand vor." Dies liege auch daran, dass etliche Eltern keinen deutschen Pass besitzen und nicht wählen dürfen. Die Schulleiterin weiter: Digitale Tools wie "aula" "machen Abläufe schneller". Diese müssten allerdings schon vorhanden sein. "Daran fehlt es an unserer Schule." Und: "Bei uns funktionieren Versammlungen besser." Etwa der Schülerrat, der alle vier bis sechs Wochen zusammenkommt. Thies berichtet: Die Motivation sei erst gewachsen, als die Schülerinnen und Schüler erfuhren, dass sie mit "aula" über einen Etat bestimmen können. 2.000 Euro, finanziert von Sponsoren und vom Schulförderverein. Dann seien "erste Ideen entwickelt worden". Unter anderem wurden ein Fußballturnier ausgerichtet und ein Wasserspender angeschafft. Dieser steht nun im Erdgeschoss, vor der schuleigenen Cafeteria. Für Dilara eine echte Verbesserung. "Der Wasserspender ist sehr nützlich", sagt die 18-Jährige. "Er sorgt dafür, dass ich mehr trinke."

#### **Positive Resonanz**

Auch mit der aktuellen Version der "aula"-App gebe es immer noch "kleinere Ausfälle", Stichwort Serverprobleme, berichtet Lehrer Kopka. Doch seien "mannigfaltige Vorschläge" formuliert worden. Eine Klasse wünsche sich ein

Patensystem, "um einen besseren Einstieg in die Oberstufe zu bekommen". Es gebe auch die Idee, einen Raum für die Schul- und Klassensprecher einzurichten. Die Resonanz sei "sehr gut", fasst Kopka zusammen. "Die App scheint der Schlüssel zu sein."

Matthias Holland-Letz, freier Journalist

"aula"-Homepage: aula-blog.website Lehrer und Blogger Dejan Mihajlovic über "aula":

bit.ly/aula-diskutieren-abstimmen Übersichtsartikel der Bundeszentrale für Politische Bildung: bit.ly/bpb-digitools



Lehrer Daniel Kopka leitet die Schülerinnen und Schüler an.

# KERA KURT SIKIF

Eines muss ich gleich klarstellen: Ich mag VERA wirklich sehr! Alljährlich, am Ende der dunklen Winterzeit, kann ich es kaum erwarten, VERA endlich wiederzutreffen und mit ihr in trauter Zweisamkeit ein paar der allmählich heller werdenden Abendstündchen zu verbringen. Ach ja, Mörike (oder war es Eichendorff???) hatte halt doch recht: "Frühling lässt sein blaues Band …" (und ich, so könnte ich

hinzufügen, meine – aus dem Metrum stolpernde – korrigierend-rote Hand ...). Fast bin ich in diesem Jahr sogar ein wenig eifersüchtig auf die Französisch-Kolleginnen. Denn wenn diese nicht darauf bestanden

# Eine poetische Liebeserklärung

hätten, VERA auch zu treffen, dann würde ich als Deutschund Englischbeauftragter in Klasse 8 sogar wieder mal zwei Verabredungen mit VERA haben. Aber man muss auch gönnen können. Außerdem gibt es ja auch Kolleginnen, die aufgrund ihrer Fächer VERA nie kennenlernen werden. Bei diesem Gedanken schaudert es mich und ich merke deutlich, wie gut es mir doch eigentlich geht. Ein Wermutstropfen allerdings trübt meine Vorfreude. Denn ich muss zugeben, dass ich trotz aller Sympathie für VERA den doch recht weiblichen Namen meines Dates aus Gendergründen für mittlerweile unpassend halte. Gerechter wäre es, so finde ich, VERA (Vergleichsarbeiten) auch mal einen männlichen Namen zu geben. Wie wäre es beispielsweise mit KURT (Kalenderjährliche Ueberprüfung relevanter Teilkom-

petenzen). Oder vielleicht wäre es noch besser, gleich einen geschlechtsneutralen Namen zu kreieren. SIKIF klingt doch eigentlich ganz schön, und der Name passt möglicherweise auch perfekt: Sinnloses Korrigieren im

Februar. Wie dem auch sei: Ich wünsche euch allen prickelnde Stunden mit VERA bzw. KURT bzw. SIKIF, und all die armen Kolleginnen und Kollegen, die auf diese verzichten müssen, können ja ein Mörike-Gedicht lesen (oder war es Eichendorff???).

Lothar Edin, Lehrer

## Aus der Not geboren

// Privatschulen befinden sich weiter im Aufwind. Die Gründe für diese Entwicklung sind in erster Linie nicht auf die Unzufriedenheit mit dem öffentlichen Schulsystem, sondern auf die Kürzungen im öffentlichen Bildungssektor zurückzuführen. //

Verfassungsrechtlich ist die Sache klar geregelt. Artikel 7 Absatz 4 des Grundgesetzes garantiert das Recht, private Schulen zu gründen. Von diesem Recht haben in den zurückliegenden fast drei Jahrzehnten immer mehr Schulträger Gebrauch gemacht, wie aus aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervorgeht. Bundesweit betrug 2017 der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die eine private Einrichtung besuchten, 9,2 Prozent; 1992 waren es 4,9 Prozent. Besonders bemerkenswert ist hierbei der Anteil der privaten Einrichtunbetrug deren Anteil in Sachsen 29,3 Prozent, dagegen lag er in Schleswig-Holstein lediglich bei 1,8 Prozent.

Der GEW-Privatisierungsreport 16 aus dem Jahr 2015 hatte festgestellt, dass bei der Gründung von Privatschulen die Unzufriedenheit mit der Qualität öffentlicher Schulen oder der Wunsch nach einer anderen Pädagogik eine untergeordnete Rolle spielen. Dies wird bei den Berufsschulen besonders deutlich. Aufgrund sinkender Anmeldezahlen wurden zum Beispiel in den 1990er-Jahren in Sachsen Schulen auf dem flachen Land dicht gemacht; in einigen Orten schlossen sich Eltern zusammen und gründeten mit Unternehmen Schulen in freier Trägerschaft. Die Kommunen würden aufgrund der Untätigkeit der Politik geradezu dazu eingeladen, die Defizite in der staatlichen Schulversorgung durch die Privatisierung des Bildungssys-



Der CBM-Aktionskoffer "Blindheit verstehen" Sie möchten Ihrer Klasse das Thema Vielfalt spielerisch näherbringen? Nutzen Sie unseren Aktionskoffer "Blindheit verstehen": mit kreativen Ideen und spannenden Materialien für einen

Auf die Plätze, fertig,

lebendigen Unterricht in allen Klassenstufen.

Lassen Sie sich inspirieren unter:

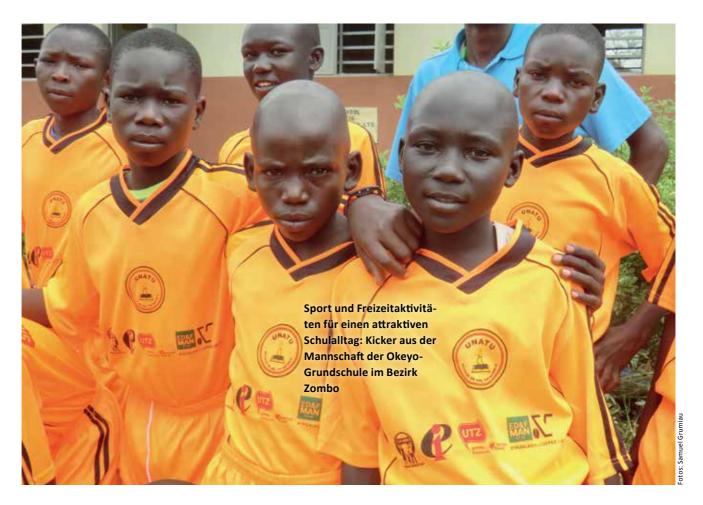
www.cbm.de/schulen



Ihre Ansprechpartnerin: Marzena Gergens Telefon: (0 62 51) 131 - 295 E-Mail: material@cbm.de







# Gütesiegel "kinderarbeitsfrei"



Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung "fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit".

// In Uganda hat die einheimische Bildungsgewerkschaft gemeinsam mit einem führenden Kaffee-Exporteur des Landes und einer lokalen Selbsthilfeorganisation zwei "kinderarbeitsfreie Zonen" organisiert. //

Der Schulleiter hat seine Lektion gelernt. "Wenn früher Eltern zu mir kamen und mich fragten, ob ihre Kinder der Schule eine Weile fernbleiben könnten, um ihnen bei der Arbeit zu helfen, war ich einverstanden", erzählt Claudius Oketch, Direktor der Oboth-Grundschule in Erussi im äußersten Nordwesten Ugandas, recht freimütig. Das war vor 2015, in seinem alten Leben. Bevor die Nationale Lehrergewerkschaft UN-ATU in seiner entlegenen Gegend eine Fortbildung organisiert hatte, an der

er teilnahm. Mittlerweile weiß Oketch, was er zu sagen hat, wenn Eltern mit einem solchen Ansinnen an ihn herantreten: "Ich erkläre ihnen, dass es undenkbar ist, dass ein Kind nicht zur Schule geht, um zu arbeiten. Nicht einmal für einen Tag!"

Frussi ist ein Dorf in der West-Nil-Provinz unweit der Grenze zur Demokratischen Republik Kongo. Kaffeeanbau ist das wirtschaftliche Rückgrat der Region. Kinder sind hier vielfach als Haushaltshilfen beschäftigt, auf den Kaffeeplantagen, als Straßenhändler. Als die UNATU vor vier Jahren mit dem Aufbau der "kinderarbeitsfreien Zone" begann, hatte sie zunächst die Lehrkräfte mit den Grundsätzen zeitgemäßen Unterrichtens und einer kinderrechtssensiblen Lebensführung vertraut zu machen. Regelmäßig zum Dienst erscheinen. Darauf achten, dass die eigenen Kinder zur Schule gehen. Keine fremden Kinder im Haushalt beschäftigen. Mittlerweile zählt das in den Kollegien der 15 vom Projekt erfassten Schulen zu den Selbstverständlichkeiten. Dank gewerkschaftlicher Fortbildung ist heute auch der Rohrstock aus den Klassenzimmern verbannt, haben alternative Methoden pädagogischer Disziplinwahrung die Prügelstrafe verdrängt.

#### **Begehrtes Gütesiegel**

Schuldirektor Oketch ist angetan von dem neuen Geist: "Wir achten jetzt jeden Tag darauf, dass alle Schülerinnen und Schüler anwesend sind, und wir haben auch die Leistungen im Blick. Beim geringsten Anzeichen, dass die Motivation eines Schülers nachlässt, greifen wir ein." Der Schulhof ist mit Spruchbändern dekoriert. "Bildung ist die beste Investition" ist da zu lesen. Oder: "Redet über eure Probleme mit den Lehrern." An jeder der 15 Schulen in Erussi gibt es mittlerweile Sportvereine, Musik- und Tanzgruppen, Debattierclubs. "Das macht die Schulen attraktiv für Kinder, die früher nicht im Traum daran gedacht hätten, hinzugehen", sagt Schwester Mary Berocan, die für UNATU das Projekt in Erussi koordiniert. "Sie sehen die Trommeln, die

## FAIR CHILDHOOD – BILDUNG STATT KINDERARBEIT 41

Spiele, die Turniere, und sie machen sich ein anderes Bild vom Schulalltag." Im Kampf gegen Kinderarbeit hat die Gewerkschaft ein in der Region einflussreiches Unternehmen an ihrer Seite. Die Firma Kyagalanyi mit Sitz in der Hauptstadt Kampala zählt zu den wichtigsten Kaffee-Exporteuren Ugandas. Sie legt Wert darauf, dass die Kleinproduzenten in der West-Nil-Provinz, von denen sie ihre Kaffeebohnen bezieht, keine Minderjährigen beschäftigen und ihre eigenen Kinder zur Schule schicken. Das ist eine der Voraussetzungen, um das begehrte Gütesiegel der niederländischen Stiftung UTZ zu erhalten - "utz" ist das Maya-Wort für "gut". Die Stiftung bewertet und zertifiziert weltweit die Anbaubedingungen von Kaffee, Tee, Haselnüssen sowie Kakao. Wer in einem europäischen Supermarkt ein Produkt mit UTZ-Siegel kauft, soll sich unter anderem darauf verlassen können, dass Minderjährige bis zum Alter von 15 Jahren an der Herstellung nicht beteiligt waren - ein Konkurrenzvorteil auf dem Weltmarkt für das ugandische Unternehmen.

Unterstützung erfährt das Projekt "kinderarbeitsfreie Zone" auch von einer seit dem Jahr 2000 im Nordwesten Ugandas arbeitenden Selbsthilfeorganisation zur Stärkung des ländlichen Raumes, deren Name CEFORD für "Community Empowerment for Rural Development" steht. Sie betreut unter anderem Spar- und Kreditvereine, die dazu beitragen, die Wirtschaftskraft der Bevölkerung zu heben. Gemeinsam



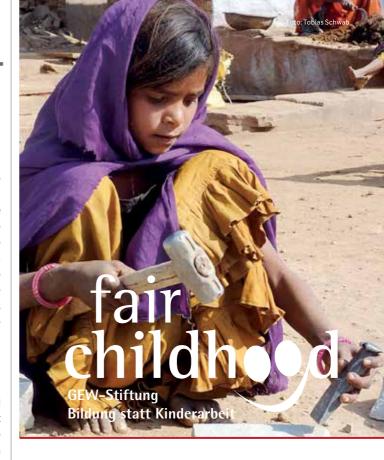
"Nein zu Kinderarbeit": Mädchen und Jungen an der Kelle-Grundschule in Erussi

werben Gewerkschaft, Unternehmen, Selbsthilfeorganisation sowie lokale Behörden für einen Bewusstseinswandel. "Das hilft, jene Eltern zu überzeugen, die der Idee, ihre Kinder zur Schule zu schicken, noch zurückhaltend gegenüberstehen, weil sie den Druck der gesamten Gemeinschaft spüren", sagt Adole Kelemente, Lehrer an der Kelle-Grundschule in Erussi. Argumentationshilfen für das Gespräch mit solchen Eltern verdanke er der gewerkschaftlichen Fortbildung, setzt Kelemente hinzu.

#### **Kehrseite des Erfolgs**

Zwischen 2015 und 2019 ist in Erussi die Schülerzahl an den 15 am Projekt beteiligten Schulen um 28 Prozent gestiegen. Erheblich abgenommen hat im selben Zeitraum der Anteil der Kinder. die dem Unterricht fernbleiben. Auch die Gewerkschaft profitiert, unter anderem durch einen Mitgliederzuwachs um 23 Prozent seit Beginn des Projekts in Erussi. "Früher wurden wir als Interessengruppe gesehen, die sich nur um Probleme des Lehrpersonals kümmerte und öfter für Streiks verantwortlich war. Mittlerweile hat die Bevölkerung verstanden, dass wir uns auch für gute Bildung und das Wohl der Kinder einsetzen", sagt Mori Samuel Sidoro, UNATU-Repräsentant in der West-Nil-Provinz. Eine weitere kinderarbeitsfreie Zone entsteht derzeit unweit von Erussi im Bezirk Zombo, wo bisher 90 Lehrkräfte aus zwölf Schulen an einer Fortbildung der UNATU teilgenommen haben. "Jeden Montagmorgen ziehen Lehrer und Schüler meiner Schule durchs Dorf. Wir fordern alle Kinder, denen wir auf der Straße begegnen, auf, sich uns anzuschließen. So haben wir schon Dutzende Mädchen und Jungen in die Schule geholt", sagt ein beteiligter Grundschuldirektor. Es gibt freilich eine Kehrseite der Erfolgsgeschichte: Klassen, in denen mehr als 200 Schülerinnen und Schüler sitzen. Der Kampf gegen Kinderarbeit ist das eine. Mehr Schulen und mehr Lehrkräfte ist eine weitere dringliche UNATU-Forderung.

Samuel Grumiau, Fachberater der Bildungsinternationale Aus dem Französischen: Winfried Dolderer, freier Journalist



# Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung fair childhood.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,

IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00 BIC: BFSWDE33MUE

#### www.gew.de/internationales/fair-childhood

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

	ich möchte mehr Informationen fair childhood.
a,	Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 06/2019

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

#### fair childhood

GEW-Stiftung "Bildung statt Kinderarbeit" Reifenberger Straße 21 60489 Frankfurt am Main



# Politik der kleinen Schritte

// Was muss die Politik tun, um Teilhabe und Mitbestimmung für ältere Menschen zu verbessern? Während der 6. Fachtagung der GEW für Seniorinnen und Senioren in Berlin suchten die Teilnehmenden Antworten. //

"Noch nie waren Ältere so gesund und so aktiv." Sven-Olaf Obst aus dem Bundesseniorenministerium (BMFSFJ) brachte einen Gedanken auf den Punkt, der sich aufdrängte: Rund 100 GEW-Aktive, viele aus den Seniorenausschüssen, reisten im Mai zur 6. GEW-Seniorenfachtagung "Gesellschaft verändern – Teilhabe im Alter" an den Berliner Müggelsee. Sie kamen, um miteinander sowie mit Politik, Wissenschaft und Verbänden zu diskutieren, wie Seniorinnen und Senioren die nahezu jedes fünfte GEW-Mitglied stellen - nicht nur aktiv, sondern wirkungsvoll bleiben. Es gehe um "Politik für, mit und von älteren Menschen - in der Gesellschaft wie in der GEW", erklärte Frauke Gützkow, für Seniorenpolitik verantwortliches GEW-Vorstandsmitglied. Die Schlüsselwörter lauteten Teilhabe und Selbstbestimmung. Und: "Wir wollen eine Gesellschaft, die wir mitgestalten. Und eine, die gut für uns sorgt, wenn wir das nicht mehr so gut können."

Im Verlauf der zweitägigen Konferenz wurde vor allem deutlich, wie vielfältig Seniorinnen- und Seniorenpolitik ist – und wie viele Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen. Denn erstens reicht die als "Ältere" bezeichnete Altersgruppe, wie ein Teilnehmer es zuspitzte, fast schon "von 50 bis 100 Jahren" – und meint damit ganz unterschiedliche Lebensphasen; es steigt ja nicht nur die Zahl der Fitten, sondern auch die der Pflegebedürftigen. An letzteren machte sich dann auch gleich die erste Kontroverse fest. Während BMFSFJ-Unterabteilungsleiter Obst sagte, dass es in der Pflege ohne Zuwanderung nicht gehe, sah die Mehrheit eines Forums das anders: In einer solidarischen Europäischen Union (EU) könne es nicht sein, dass Deutschland großflächig Fachkräfte importiert, die dann in ihren Herkunftsländern fehlen.

#### Kluft zwischen Arm und Reich

Zweitens stellte Prof. Susanne Kümpers, Mitglied der 7. Altenberichtskommission, dar, wie sehr Differenz und Ungleichheit auch im Alter greifen: Die Generation der Älteren sei so divers wie die Gesamtgesellschaft, etwa was alternde Migrantinnen und Migranten, die LSBTTQIA+\*-Community oder auch auf der Straße lebende Pflegebedürftige angeht. "Vieles daran ist auch für die Institutionen neu", so Kümpers. Außerdem machte die Expertin für soziale Ungleichheit deutlich, wie groß die ökonomische Spaltung im Rentenalter ist, und was das bedeutet: Die Lebenserwartung zwischen Reichen und Armen klafft mehr als zehn Jahre auseinander; noch größer ist der Unterschied bei der Zahl der "gesunden Lebensjahre". Und wer in seinem Berufsleben benachteiligt war, bleibt es im Alter. "Selbstbestimmte Teilhabe ist eine Ressource – aber auch eine Auswirkung von Lebenschancen", sagte Kümpers.

Besonders betroffen von Prekarisierung – die angesichts von veränderter Rentenformel, mehr Teilzeit- und Niedriglohnjobs zunehmen werde – seien Frauen.

Der aktuelle 7. Altenbericht\*\* nimmt zu all diesen Fragen die "Sorge und Mitverantwortung in der Kommune" in den Blick. Und was können die Städte und Gemeinden tun? Da geht Berlin zur Abwechslung einmal mit leuchtendem Beispiel voran: Als eins von nur vier Bundesländern hat die Hauptstadt ein Seniorenmitwirkungsgesetz; alle vier Jahre ist jeder und jede ab 60 Jahren aufgerufen, Bezirksvertreterinnen und -vertreter zu wählen, deren Vorsitzende eine Landesseniorenvertretung bilden. Peter Stawenow, Leiter des Kompetenzzentrums Offene Altenarbeit in Berlin, lobte das Modell – selbst wenn es nicht mit Stimmrechten verknüpft ist: Es sei zum Beispiel gelungen, landesweite "Seniorenpolitische Leitlinien" zu 17 Themen, von Altersarmut bis Verkehr und Mobilität, zu verabschieden, die alle Senatsverwaltungen umsetzen sollen. Insgesamt stelle sich Seniorenpolitik als Politik der kleinen, aber folgenreichen Schritte dar; etwa den Verkehrsbetrieben einen Maßnahmenplan abzufordern, wann welcher U-Bahnhof barrierefrei werde. Denn, sagte Stawenow, eine Umfrage unter Älteren zu deren Bedürfnissen habe ergeben: "Es sind ganz irdische Dinge, die Menschen brauchen, um ein lebenswertes Leben zu führen."

Jeannette Goddar, freie Journalistin

\*Lesbisch, schwul, bisexuell, transexuell, transgender, queer, intersexuell und asexuell

\*\*www.siebter-altenbericht.de



Sven-Olaf Obst, Abteilung "Demografischer Wandel, Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege", beim Bundesfamilienministerium: "Noch nie waren Ältere so gesund und so aktiv."

# Feinsinniger Denker



Prof. Ludwig Huber

// Mit Prof. Ludwig Huber verliert die Reformpädagogik einen engagierten Mitstreiter und Wissenschaftler. //

Ludwig Huber ist tot – eine Nachricht, die viele seiner Weggefährtinnen und Weggefährten erschüttert hat und verstört zurück lässt. Wir verlieren mit ihm einen scharfsinnigen Denker, bedeutenden Wissenschaftler und engagierten Bildungsreformer. Für ihn sollte das, was erforscht und gedacht wurde, aufklären, verändern, humanisieren, also Folgen haben für die Praxis. Die Töne, die er dabei anschlug, waren deutlich, auch kämpferisch, klar strukturiert und mehrfach nach-gedacht, dann aber eher leise: Er wollte überzeugen, nicht überwältigen.

Wichtig waren ihm eine bildungstheoretisch begründete und darauf aufbauende didaktische Reformierung der Sekundarstufe II und der universitären Ausbildung in Deutschland. Die Zivilgesellschaft sollte teilhaben dürfen am Denken und Aufklären der Wissenschaft:

Dem von ihm maßgeblich mitgestalteten "Forum Offene Wissenschaft" gelingt es Woche für Woche, mehrere Hundert Bürgerinnen und Bürger Bielefelds mit spannenden Vorträgen und Diskussionen an die Universität zu locken. Sein ehrenamtliches Engagement umfasste literarische Veranstaltungen, Arbeit mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen, Einsatz für humane Formen des miteinander Wohnens.

Bis zu seiner Emeritierung 2002 war Ludwig Huber als Nachfolger von Hartmut von Hentig Wissenschaftlicher Leiter des Oberstufenkollegs und Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Bielefeld.

Wir verlieren mit ihm einen ungemein gebildeten Menschen, feinsinnigen und humorvollen Redner, ideenreich-anregenden, zugleich neugierig-geduldigen Gesprächspartner, partizipatorisch handelnden Kollegen, einen einfühlsamen, verlässlichen, verantwortungsvollen und liebenswert-charmanten Freund, der zudem allem Schönen, der Musik und dem guten Leben zugeneigt war.

Am 11. Mai ist Ludwig Huber im Alter von 82 Jahren an den Folgen eines Schwimmunfalls, den er wenige Tage zuvor an seinem letzten Urlaubstag auf Zypern erlitten hatte, in Bielefeld gestorben.

Prof. Susanne Thurn, ehemalige Leiterin der Laborschule Bielefeld an der Universität Bielefeld

## **Lebhafte Auseinandersetzung**

(E&W 3/2019, Seite 42: "Scharia-Camp statt Schule")

"Wer Berlin verstehen will, gehe in Belgrad in die Schule!"

Rousseau schrieb, durchs Mitleiden werde man ein guter Erzieher. Im einstigen Jugoslawien lernt man hinzuschauen! Während meines Einsatzes in Belgrad lernte ich ein wirklich gutes Schulwesen kennen; ich war an drei Gymnasien eingesetzt. Sie pflegten auch Austausch mit Einrichtungen in Kroatien und Slowenien. Wer die blutige Geschichte des Bürgerkrieges und der NATO-Einsätze kennt, weiß das zu schätzen! Das Volk der Serben, während des vorigen Jahrhunderts dreimal von Deutschen heimgesucht und zusätzlich demütigend vom zusammengeschusterten "Europa" ausgegrenzt, empfängt uns dennoch gastfreundlich. Aber die Wunden sind noch

offen! Man erfährt dort eine lebhafte, offene Auseinandersetzung mit Geschichte. So werden dort Filme gezeigt, die zum Nachdenken und



zur Auseinandersetzung mit Geschichte anregen, unter anderem "Der Schnitt" von Fatih Akin über die Gräueltaten an den Armeniern vor 100 Jahren und "Das Leben ist ein Wunder", in dem der Regisseur Emir Kusturica von der Sinnlosigkeit eines schlimmen Krieges mitten in Europa, bei dem außer Russland und Weißrussland der ganze Kontinent wegschaute, in die Hoffnung entführt, die ausgerechnet in Bosnien aufkeimt, als sich ein Christ und eine Muslima unsterblich ineinander verlieben. Oder

"Die Balkanlinie", in dem Gojko Mitić gemeinsam mit Kusturica in Nebenrollen auf der Leinwand zu sehen ist, deshalb ein Streifen erster Klasse! Großes Kino im Belgrader USCE-Center.

Heike Presberger, Potsdam

#### Hilfreiche Handreichung

(E&W 3/2019, Seite 43: "Keine ,vorauseilende Unterwerfung' mehr")

Danke für den kurzen Artikel! Schon hier erfährt man Essentials; und wenn man die Handreichung herunterlädt, findet man einen sehr umfassenden Text, der sich damit beschäftigt, wo und wie sich recht(sextrem)es Denken und Handeln breitmachen und was man dagegen tun kann. Im Alltag aller gesellschaftlichen Bereiche kommt es jetzt zunehmend darauf an, aufmerksam und wachsam zu sein.

Cornelia Watermann, Münster



#### >>> Gewollter Kollateralschaden?

(E&W 3/2019, Seite 44, Leserforum: "Bitter!")

Dem Leserbrief von Peter Kock ist voll umfänglich zuzustimmen. Ich bin nach meinem Referendariat Mitte der 1980er-Jahre nicht in den Schuldienst übernommen worden, konnte mich danach mit meinen Fächern erst gar nicht bewerben. Erst im Alter von 50 Jahren bin ich über eine zweijährige Schwangerschaftsvertretung in den öffentlichen Schuldienst gekommen. Nun bin ich Rentner und erhalte relativ wenig Rente. In meinem Berufsleben kann ich auf die stolze Zahl von 16 Arbeitgebern zurückblicken. In all den Jahren war ich Mitglied der GEW, außer meiner Zeit als Journalist (Deutscher Journalisten-Verband), und habe nie wahrnehmen können, dass die Zahl der arbeitslosen Lehrerinnen und Lehrer von "meiner" Gewerkschaft je ernsthaft thematisiert worden wäre. Das gilt auch für die Gruppe der angestellten Lehrkräfte. Wir waren und sind die Kollateralschäden aller Tarifverhandlungen, eine quantité négligeable. Wie die Schere des Gehaltes/der Besoldung zwischen den angestellten und verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern jemals geschlossen werden könnte, und das bei derselben Ausbildung, bleibt ein Mysterium. Frage: Ist das so gewollt?

Hermann-Josef Skutnik, Lippstadt

#### Auseinandersetzung überfällig (E&W 4/2019, Seite 6 ff.: Schwerpunktthema "Rechtsruck")

Die ganze Nummer 4/2019 der E&W hat mir sehr gut gefallen. Die Auseinandersetzung mit dem "Rechtsruck" war überfällig und ist ein Gewinn. Diese Beiträge möchte ich hervorheben: Politikstunde mit Rechten und in diesem Text den Absatz: kaum Politikunterricht - die Frage, warum Zeitgeschichte und Politikunterricht in der Stundentafel so geringgeschätzt wird, bedürfte einer breiteren Diskussion. Hilfreich: "Der semantische Bürgerkrieg" – wie werden Lehrer mit diesem Thema an den Universitäten ausgebildet, was geschieht in den Schulen an Weiterbildung?

Charles Melis, Berlin

#### **Rechtspflichten keine Illusion**

(E&W 4/2019, Seite 10: "Politikstunde mit Rechten")

Die GEW sollte der Kollegin Prof. Sibylle Reinhardt Gelegenheit geben, ihre Rechtslogik zu erklären, das "Neutralitätsgebot gilt nur für



die Institution der Schule, nicht aber für den Unterricht. Dort gilt vielmehr ein Kontroversgebot".

Gerade weil im Unterricht alle wissenschaftlich begründbaren, "kontroversen" Positionen "kontrovers" zu behandeln sind, also nicht gegen die Grundrechtfreiheiten der Schüler entschieden, erst recht nicht zensiert werden dürfen, sind die entsprechenden Rechtspflichten der Lehrer keine "Illusionen".

Hagen Weiler, Göttingen

#### An den Realitäten vorbei (E&W 4/2019, Seite 22: "Mehr Zeit für politische Bildung")

So richtig diese Forderung ist und schon immer war, so geht sie an den Realitäten unseres Schulwesens vorbei. Tatsache ist doch, dass gerade das Fach Politische Bildung, vor allem in der Mittelstufe, immer wieder dazu gebraucht wird, Klassenlehrerinnen und -lehrern die ein oder andere Stunde mehr zu verschaffen, um mit ihren Schülern interne Probleme zu besprechen, Probleme, die nicht weniger wichtig sind als der Politikunterricht. Wer sich in solchen Stunden mit demokratischer Regelung von Klassenkonflikten beschäftigt oder Inklusionsprobleme im Klassenverband oder die Interessenvertretung von Schülerinnen und Schülern bespricht, tut ja nicht wenig für demokratisches Handeln in unserer Gesellschaft. Aber damit ist eben noch kein dezidierter Politikunterricht mit seinen spezifischen Inhalten gewährleistet.

Jürgen Scherer, Alsbach-Hähnlein

#### **Unbeabsichtigte Ironie?** (E&W 4/2019, Seite 26 f.: "Wenn aus

Ben Lisa wird")

79 Jahre nach Emma Goldman werde ich ausgerechnet in einer Gewerkschafts(!)zeitschrift darüber aufgeklärt,

warum der biologische Junge Ben eigentlich ein Mädchen ist: Er/sie "... liebt Prinzessinnen" und hat eine "Vorliebe für alles, was rosa ist und glitzert". Das ist progressiv. In just derselben Ausgabe der Zeitschrift wird das Frauenbild der AfD beklagt, unter anderem weil eine Studentin in einem rechten Blog für "Sissi"-Filme schwärmt. Das ist reaktionär. Die Ironie dieser Juxtaposition ist offensichtlich nicht einmal der Redaktion aufgefallen.

Cornelia Studer, Oppenheim

#### Kritische Fragen vermisst

(E&W 4/2019, Seite 28 f.: ", Minenfeld" Imam-Ausbildung")

In der Tat, Religionsunterricht an staatlichen Schulen bzw. Religionsausbildung an staatlichen Universitäten ist ein "Minenfeld". Die Position, die die E&W-Redakteurin auch mit ihren Fragen bezieht, sehe ich aber sehr problematisch. Dass Herr Uçar aus Eigeninteresse seine Position für einen Koranunterricht bezieht, ist "normal". Dass aber die E&W-Redakteurin in einem Interview diese Position kritisch hinterfragt, ist nicht ersichtlich. Für sie scheint es selbstverständlich, dass es in Schulen bekenntnisgebundenen Religionsunterricht und damit auch Koranunterricht gibt, dass Universitäten Lehrstühle für Theologie und damit islamische Theologie einrichten usw. - und das alles auf Staatskosten. Ich vermisse hier eine kritische Position der GEW, die die Alimentierung von Religionsverbänden insgesamt in Frage stellt, statt für einen weltanschaulich neutralen Werte- und Normen-Unterricht für alle Schüler und Schülerinnen einzutreten.

Walter Peters, Hannover

## **Enttäuschendes Ergebnis**

(E&W 4/2019, Seite 30 f.: "8 Prozent mehr Geld in drei Schritten")

Das soll alles sein? Das Ergebnis der Tarifverhandlungen hat mich ziemlich enttäuscht. Nachdem in den letzten Tarifrunden für Lehrkräfte netto eher nur ein Inflationsausgleich herauskam, wurde nun endlich eine echte Erhöhung mit 6 Prozent für 12 Monate gefordert. Leider war es am Ende dann doch nur etwa die Hälfte. 3,2 Prozent pro Jahr brutto sind für die meisten angestellten >>>

# Humorvoll, kollegial und klug



**Prof. Axel Schildt** 

// Die GEW trauert um Prof. Axel Schildt. Am 5. April 2019 starb der Historiker im Alter von 67 Jahren. //

Von 2002 bis 2017 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg, Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und jahrzehntelang Mitglied der GEW (zugleich auch Autor der E&W), war Axel Schildt einer der herausragenden Historiker der Bundesrepublik Deutschland. Er verband die Sozial-, Kultur- und Intellektuellengeschichte zu einem faszinierend neuen Blick auf die Bundesrepublik. Er verbreitete sein Wissen klug und unterhaltsam in Vorträgen und arbeitete nicht nur in vielen nationalen und internationalen Gremien mit, sondern war auch Jurymitglied des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten. Als er 2018 einen Vortrag über Adolf Hitler hielt, der 1926 im Hotel Atlantic vor dem konservativen Hamburger Bürgertum aufgetreten war, belegte er die frühen engen Verbindungen zwischen wesentlichen Teilen der hanseatischen

"Elite" und den Nationalsozialisten. "Wehret den Anfängen!", hieß seine implizite Warnung an uns.

Die ihn näher kannten, erinnern sich an den Menschen Axel Schildt, der humorvoll und kollegial allen begegnete, die ihn um seinen Rat, einen Vortrag oder um Betreuung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten baten. Im Februar 2008 nahm er an dem GEW-Symposium "Verantwortung für die Geschichte übernehmen" teil. Es wurde damals die Frage diskutiert, wie mit einem gewerkschaftseigenen Haus in Hamburg umzugehen sei, das bis 1935 einer jüdischen Erbengemeinschaft gehört hatte. Auf dem Podium erklärte er, nach 1945 seien die meisten Deutschen, auch in der damaligen GEW, weder zur Empathie gegenüber den Juden und anderen Verfolgten fähig gewesen, noch hätten sie sich ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung gestellt.

Axel Schildt stellte sich seiner Verantwortung als deutscher Historiker, voller Empathie mit allen verfolgten Menschen. Wir vermissen ihn.

Bernhard Nette, pensionierter Lehrer, ehemaliges Mitglied des Landesvorstandes der GEW Hamburg

GERADLINIGKEIT, VON UNS GERETTET.

Revolutionäre Ideen können sich auch in der Architektur widerspiegeln ein Beispiel hierfür ist das sogenannte Bauhaus. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz setzt sich darum auch für den Erhalt zahlreicher Meisterwerke der Bauhaus-Schule ein.



Wir erhalten Einzigartiges. Mit Ihrer Hilfe!

Spendenkonto IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400 BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG

www.denkmalschutz.de



Wir bauen auf Kultur.

dnachweis: © Florian Monheim – Bildarch

>>> Lehrkräfte netto nun mal knapp weniger als die Inflationsrate von derzeit knapp 2 Prozent. Ich kann auch nicht nachvollziehen, warum sich die Tariflaufzeit auf einmal verdreifacht und somit eine Friedenspflicht für eine so lange Zeit besteht. Aufgrund des Lehrkräftemangels (ähnlich im Erziehungs- und Sozialbereich) wird die Verhandlungsposition doch ständig besser. Die Spitze ist aber die Erhöhung von nur 1.4 Prozent brutto im dritten Jahr. Wenn dann sicher überall Personal gesucht werden wird, gibt es eine Reallohnkürzung. Besonders tragisch, dass dafür gestreikt wurde, Kinder und Jugendliche auf ihre Betreuung und Bildung verzichten mussten und Eltern eine Lösung brauchten. So ein Ergebnis bei dieser guten Verhandlungsposition? Wann wollen wir denn unsere Forderungen durchsetzen und eine deutliche finanzielle Verbesserung im Vergleich zur Industrie herstellen? Wenn es wieder eine "Lehrerschwemme" gibt? Es kann nicht sein, dass bei unseren Gehältern gekürzt wird, wenn die Steuereinnahmen Höchststände haben und gleichzeitig Projekte wie ein Flughafen im Osten und ein Bahnhof im Süden die Ausgaben unkontrolliert vervielfältigen. Liebe Gewerkschaftsführung, verhandelt besser! Und rechnet besser! Die Zeiten sind gut – so gut wie nie!

Frank Hemmerling, Tübingen

Anm. d. Red.: Der dritte Schritt der Gehaltserhöhungen mit 1,4 Prozent ab dem 1. Januar 2021 gilt für einen Zeitraum von neun, nicht von zwölf Monaten wie die ersten beiden Erhöhungsschritte. Der Tarifvertrag für alle Landesbeschäftigten hat eine Laufzeit von 33 Monaten.

## **Gymnasien verweigern sich** (E&W 4/2019, Seite 33 ff.: "Zehn Jahre

(E&W 4/2019, Seite 33 ff.: "Zehn Jahre Inklusion")

Die Bilanz der Inklusion an den Schulen ist, wie Ihr schreibt, ernüchternd – Inklusion bleibt aber auch, wie Ihr betont, wichtige Aufgabe. Mir kommt allerdings in Euren Berichten zu kurz, dass die Inklusion nicht nur an der ungenügenden Ausstattung krankt. Sie leidet auch daran, dass sie in unserem dreigliedrigen Schulsystem sehr unterschiedlich angenommen wurde und wird: In Oldenburg etwa sind im Zuge der Auflösung der Förderschulen zehnmal so viele sonderpädagogisch Förderungsbedürftige an

den (Haupt- und Realschulen integrierenden) Oberschulen gelandet wie an den Gymnasien. Das gleiche gilt bei der Integration der geflüchteten Kinder und Jugendlichen: Dabei sind die Oldenburger Oberschulen fünfmal mehr belastet als die Gymnasien. Ich bin mir sehr sicher, dass das anderswo ganz ähnlich ist. Weder Inklusion noch Integration werden gelingen, wenn die Lasten im Schulsystem derart ungleich verteilt sind. Und wir dürfen es nicht mehr akzeptieren, dass sich Gymnasien derart aus der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Inklusion und Integration herausziehen.

Hansjuergen Otto, Oldenburg

#### **Ungeliebte Generation 50plus**

(E&W 5/2019, Dialog 2/2019, Seite 1 f.: "Seniorinnen und Senioren Europas, vereinigt euch!")

Mit großer Verwunderung habe ich das Interview mit Herrn Seidel Leroy gelesen! Sollte es doch noch Hoffnung geben für ältere Mitarbeiter in



Deutschland, einen Arbeitsplatz zu bekommen?! Seit fast zwei Jahren schreibe ich jede Woche Bewerbungen, bin aber noch kein einziges Mal zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen worden. Ich bin Erzieherin, habe ein englisches Diplom in Erziehungswissenschaften und war schon zehn Jahre als Leiterin einer Kita sowie drei Jahre als Lehrerin für DaF (Deutsch als Fremdsprache) an einer Internationalen Schule tätig. Seit elf Jahren arbeite ich nun mit Jugendlichen in einem Internat. Glauben Sie mir, ich bin belastbarer als eine 20-Jährige! Nun führe ich seit zwei Jahren eine Fernbeziehung, weil es im Nürnberger Landkreis, wo mein Lebenspartner wohnt, keine Arbeit für mich geben soll. Wir sind die ungeliebte Generation 50plus, eine ungewollte Grauzone! Die Politik hat befohlen, dass wir noch bis 67 arbeiten sollen, aber niemand möchte uns einstellen, weil wir zu teuer sind.

Vor Verzweiflung habe ich beim Arbeitsamt nachgefragt und dort nur Ratlosigkeit empfangen. Ebenso habe ich einen Leserbrief an einen Politiker gesendet. Aber auch von dort habe ich nur eine höflich-nichtssagende Antwort erhalten. Wir haben keinen Fachkräfte-Mangel in Deutschland, wir haben nur einen Toleranz-Mangel gegenüber Menschen über 50!

Svenja Neuberts, Neubeuern, Oberbayern

#### Mehrfach geändert

(E&W 5/2019, Seite 28 f.: "Die vorauseilende Verfassung")

Es gibt einige Märchen, die auch dadurch, dass Generationen von Schülern sie auswendig lernen mussten, nicht zur historischen Tatsache werden. Ich spreche von der im Artikel "zitierten" Ewigkeitsgarantie. Sollten Lehrerinnen oder Lehrer in der Klasse eine Schülerin oder einen Schülern haben, die oder der Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz tatsächlich nachschlägt, so wird sie oder er feststellen, dass darin nicht von Artikel 1 bis 20, sondern von Artikel 1 und 20 die Rede ist - mit der Folge, dass unser Gesetzgeber von der Möglichkeit, die Grundrechtsparagrafen 2 bis 19 zu ändern, seit 1949 mehrfach Gebrauch gemacht hat. Erwähnenswert sind hierbei insbesondere die beiden großen, nachträglich eingefügten Grundrechtsbeschränkungen (Einführung des Kriegs- bzw. Zivildiensts, Artikel 12a, Einschränkung des Grundrechts auf Asyl, Artikel 16a), die vom Parlamentarischen Rat 1949 mit voller Absicht nicht ins Grundgesetz aufgenommen worden waren.

Berthold Beck, Esslingen am Neckar

Anm. d. Red.: Der Kollege Berthold Beck hat recht. Vielen Dank für die Korrektur. Die Redaktion bittet, den Fehler zu entschuldigen.

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge
von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen)
einzusenden. Die Redaktion behält sich
vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym
zugesandte Leserbriefe werden nicht
veröffentlicht.

### **Exklusive Kultur-Leserreisen**

Musik und Literatur an besonderen Orten erleben www.gew.de/verlagsreisen



Bayerischer Wald



#### **TOSCANA**

Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl. Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041 info@aglioni.it, www.aglioni.it



Rüdesheim / Kloster Eberbach - Mainz

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen Informationen und Buchung 🕿 0521 / 96768-0

## Ferienunterkünfte gesucht!

In einem bundesweit einzigartigem Hilfsprojekt vermittelt der Verein Auszeit für die Seele e.V. aus NRW von Vermietern gespendete Leerzeiten in Ferienwohnungen an Krebspatienten.

Krankenkassen steuern diese nach 18 Monaten aus, zusätzlich zur Krebserkrankung geraten die Patienten dann oft in wirtschaftliche Not. Ein normaler Urlaub ist dann nicht mehr finanzierbar. Der Verein übernimmt die Vermittlung und Zahlung der anfallenden Nebenkosten.

> Der Verein sucht bundesweit "Gastgeber mit Herz" zur Unterstützung des Projektes.

Infos unter www.Auszeit-für-die-Seele.info

Wunderschönes altes Natursteinhaus in Südfrankreich Nähe Narbonne/Mittelmeer zu verkaufen. Weitere Infos siehe: http://villespassansproperty.com

#### Klassenfahrten Versailles mit oder ohne Sprachkurs

ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830 www.reichardt.eu

#### www.schulorganisation.com

**Dokumentation Organisation** Rechtssicherheit

© 02521 29905-10

= SCHULORGANISATION

#### Andalusien

Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies

T: 05171/16343 www.la-ruca.de

#### Klassenfahrten London mit oder ohne Sprachkurs

ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm london@reichardt.eu, T: 06181 424830 www.reichardt.eu

## Sorgen kann man teilen.





## Klasse Reisen. Weltweit.

#### Klassen-Abschlussfahrt ... wir machen das!

Günstig und direkt buchen, viele Superspartermine, Freiplätze nach Wunsch



z. B. **Neapel** 6 Tage inkl. Prog. mit Vesuv und Capri ab **204,** – €

Schulfahrt Touristik SFT GmbH Herrengasse 2 01744 Dippoldiswalde

Jetzt anrufen:

Tel.: 0 35 04/64 33-0 Fax: 0 35 04/64 33-77 19

Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de

## **Diesmal**

